



Protokoll Einwohnerratssitzung

4. Sitzung

Montag, 9. Mai 2022, 19.00 Uhr, Grossratssaal

Vorsitz: Christian Oehler, Präsident

Protokollführung: Stefan Berner

Anwesend: 45 Mitglieder des Einwohnerrates bis 19.40 Uhr
46 Mitglieder des Einwohnerrates ab 19.40 Uhr
7 Mitglieder des Stadtrates
Daniel Roth, Stadtschreiber
Marco Andreoli, Leiter Sektion Finanzen
Jan Hlavica, Stadtbaumeister
Matthias Mundwiler, Controller
Mathias Schneider, Leiter Abteilung Betrieb Infrastruktur und Sport

Entschuldigt: Aaron Bürki, Einwohnerrat
Nicole Lehmann Fricker, Einwohnerrätin
Nora Riss, Einwohnerrätin
Fiona Wiedemeier, Einwohnerrätin



Traktanden	Seite
1. Mitteilungen	122
2. Anfrage Simone Silbereisen (SP) und Ursula Funk (SP), die Stadt Aarau als Arbeitgeberin für IV-Bezügerinnen und IV-Bezüger	123
3. Anfrage Peter Jann (GLP); Massnahmen und Reaktion von Aarau auf den Krieg in der Ukraine	125
4. Anfrage Abdul M. Abdurahman (SP Stadt Aarau); Häusliche Gewalt	127
5. Jahresbericht 2021 der Einwohnergemeinde	130
6. Grundhafte Sanierung Maienzugplatz mit Erhalt des alten Baumbestands, Kreditantrag	141
7. Postulat 3b Grüne, Grünliberale, SP, EVP; Kostenlose Jahresabonnement Carsharing	144
8. Postulat 3c Grüne, Grünliberale, SP, EVP, Pro Aarau; Citylogistik in und für Aarau	147
9. Postulat 3d Grüne, Grünliberale, SP, EVP, Pro Aarau; Förderung Veloverkehr	150
10. Postulat 3e Grüne, Grünliberale, SP, EVP; Autofreie Sonntage in Aarau	153
11. Postulat Grüne, SP, EVP, FDP, GLP, Pro Aarau; Tempo 30 auf dem gesamten Strassennetz Aaraus	156
12. Motion Peter Roschi (Die Mitte) und Christoph Waldmeier (EVP); Reglement über die Benutzung von Parkplätzen der Schulanlagen der Volksschule auf dem Gebiet der Stadt Aarau (Parkierungsreglement Schulanlagen)	160
13. Motion Nicole Lehmann Fricker, Pascal Benz, Christian Oehler (FDP); Hellere Strassenoberflächen zur Minderung der Hitzeentwicklung in Strassenräumen	162
14. Kreditabrechnung Neubauten FuSTA und Kindergarten Aarau Rohr, Realisierung	163
15. Kreditabrechnung Div. Liegenschaften, Anschluss an das Fernwärmenetz der Eniwa AG, 1. Etappe	164



16. Kreditabrechnung Heinerich-Wirri-Strasse 3, Grundsanierung und Mieterausbau

165



Traktandum 1

Mitteilungen

Christian Oehler, Präsident: Ich heisse Sie willkommen zur heutigen Sitzung. In Anbetracht dessen, dass wir heute im Anschluss an die offizielle Sitzung noch einen Termin haben, hoffe ich, dass wir unsere Sitzung speditiv und die Voten kurz halten können. Mein Ziel ist es, die heutige Sitzung um 21.30 Uhr schliessen zu können.

Im Moment sind 45 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte anwesend. Somit liegt das absolute Mehr bei 23. Später wird dann noch Nicola Müller eintreffen. Dann werden es 46 Mitglieder sein und das absolute Mehr erhöht sich auf 24. Entschuldigt haben sich heute Nicole Lehmann, Nora Riss, Fiona Wiedemeier und Aaron Bürki.



Traktandum 2

Anfrage Simone Silbereisen (SP) und Ursula Funk (SP); die Stadt Aarau als Arbeitgeberin für IV-Bezügerinnen und IV-Bezüger

Christian Oehler, Präsident: Am 3. Februar 2022 haben die Einwohnerrätinnen Simone Silbereisen (SP) und Ursula Funk (SP) eine Anfrage betreffend "die Stadt Aarau als Arbeitgeberin für IV-Bezügerinnen und IV-Bezüger" eingereicht.

Die Anfrage kann vom Stadtrat wie folgt schriftlich beantwortet werden:

Frage 1: Ist die Stadt Aarau über das neue Angebot der BKS informiert?

Die Stadt Aarau ist über das Angebot informiert, stand bisher jedoch diesbezüglich nicht mit dem Departement Bildung, Kultur und Sport (BKS) in Kontakt.

Frage 2: Bietet die Stadt Aarau bereits Arbeitsplätze für Menschen mit Beeinträchtigungen und Rentenanspruch an? Und falls ja, in welchen Bereichen?

Die Stadt Aarau hat im Januar 2020 die Charta "Arbeit für Menschen mit Behinderung" unterzeichnet und sich damit zur Chancengleichheit und Nicht-Diskriminierung gegenüber Menschen mit Behinderung bekannt. Sie bietet Arbeitsplätze und Lehrstellen für Menschen mit Beeinträchtigung an. Die Anfragen werden individuell geprüft, die Einsätze und/oder Anstellungen erfolgen in den für die Bewerbenden am besten geeigneten Bereichen.

Frage 3: Beabsichtigt die Stadt Aarau langfristig Arbeitsplätze (Voll- oder Teilzeit) für Menschen mit einer Beeinträchtigung (körperlich, psychisch oder kognitiv) anzubieten? Falls nein, was ist der Grund?

Die Stadt bietet bereits Arbeitsplätze und Lehrstellen an für Menschen mit einer Beeinträchtigung und wird dies auch künftig soweit möglich tun. Aktuell arbeiten mindestens vier Mitarbeitende ergänzend zu einer IV-Rente oder Rente der Unfallversicherung bei der Stadt Aarau. Die genaue Anzahl ist nicht bekannt, weil Teilzeitmitarbeitende bei einer Anstellung nicht in jedem Fall bekannt geben müssen, wenn sie bereits eine Rente beziehen. Zwei Lernende absolvieren eine von der IV begleitete Lehre. Seit 2018 konnten drei Mitarbeitende nach einem Arbeitsversuch erfolgreich integriert werden und sind heute nicht mehr auf Leistungen der IV angewiesen. Vier weitere Personen haben nach einem Arbeitsversuch entschieden, dass die Tätigkeit bei der Stadt Aarau für sie nicht passt oder es noch zu früh ist für eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt.

Darüber hinaus legt die Stadt Aarau sehr grossen Wert darauf, Arbeitsplätze für schwer erkrankte oder verunfallte Mitarbeitende zu erhalten. So konnten während der letzten drei Jahre 14 Mitarbeitende in Zusammenarbeit mit der IV vollständig wieder integriert werden. Sechs Mitarbeitende werden aktuell noch intensiv begleitet.

Frage 4: Welche Rahmenbedingungen müssten für die Stadt Aarau gegeben sein oder geschaffen werden, um geeignete Arbeitsplätze anbieten zu können?

Die Rahmenbedingungen für die Inklusion von Menschen mit Beeinträchtigungen sind seitens Stadt Aarau weitgehend vorhanden. Herausforderungen sind oft eine geringe verbleibende Restarbeitsfähigkeit und die Überschätzung der eigenen Arbeitsfähigkeit durch die Betroffenen selber sowie durch die Sozialversicherungen.



Frage 5: Wie geht die Stadt Aarau mit Bewerbungen/Anfragen von anspruchsberechtigten Personen um?

Die Stadt Aarau prüft Anfragen und Bewerbungen individuell. Wenn geeignete Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, werden Arbeitsversuche, Arbeitstrainings oder Anstellungen angeboten.

Frage 6: Hat die Fachstelle Arbeit Erfahrungen mit der Beratung von Personen mit Beeinträchtigung (körperlich, psychisch oder kognitiv) und wie aktiv und regelmässig engagiert sie sich in der Beratung von Personen mit Beeinträchtigung?

Die Fachstelle Arbeit springt im Bereich der Arbeitsvermittlung regelmässig dann ein, wenn Menschen mit Anspruch auf Sozialhilfe nicht durch die IV begleitet werden und eine Aussicht auf Integration in den ersten Arbeitsmarkt besteht. Nicht immer haben diese Menschen eine körperliche, psychische oder kognitive Beeinträchtigung. So konnten und können, sowohl von der Stadt Aarau als auch von anderen Arbeitgebern in der Region, durch die Vermittlung der Fachstelle Arbeit immer wieder Personen angestellt und die Sozialhilfe damit abgelöst werden, ohne dass die IV involviert ist.

Frage 7: Gibt es eine Kontaktstelle für Anfragen?

Kontaktstelle für Bewerbungen und Anfragen ist das Personalwesen.

Simone Silbereisen, Mitglied: Vielen Dank für die Beantwortung. Ich finde es spannend, was die Stadt Aarau im Moment schon alles im Hinblick auf Integration macht und welche Möglichkeiten sich bieten. In Bezug auf unsere Anfrage fehlte mir in der Antwort der Fokus, ob die Stadt Aarau beabsichtigt, langfristig Arbeitsplätze für Menschen mit einer Beeinträchtigung anzubieten. Vielleicht sind wir bei der Fragestellung nicht ganz konkret gewesen. Gemeint sind Menschen mit einer vollen IV-Rente, welche seit dem 1. Januar im Rahmen eines neuen Programms des Departementes Bildung, Kultur und Sport Anrecht auf die Begleitung im ersten Arbeitsmarkt haben. Es geht also um die Schaffung von Arbeitsplätzen für Personen, bei welchen es nicht um Integration, sondern um Inklusion geht. Konkret um Arbeitsplätze für Leute, welche eine IV-Rente beziehen und eine solche voraussichtlich auch behalten werden und welche eine anerkannte Einschränkung haben. Es geht nicht darum, diese Personen irgendwie aus der IV herauszuholen. Deshalb ist für mich die Frage 3 wichtig, ob die Stadt beabsichtigt, langfristig Arbeitsplätze anzubieten und ob allenfalls auch darüber nachgedacht wird, Nischenarbeitsplätze für Leute aus dem neuen BKS-Programm zu schaffen.



Traktandum 3

Anfrage Peter Jann (GLP); Massnahmen und Reaktion von Aarau auf den Krieg in der Ukraine

Christian Oehler, Präsident: Am 2. März 2022 hat Einwohnerrat Peter Jann (GLP) eine Anfrage betreffend Massnahmen und Reaktion von Aarau auf den Krieg in der Ukraine eingereicht. Eine erste Information erfolgte anlässlich der Einwohnerratssitzung vom 7. März 2022 durch den Stadtpräsidenten.

Die Anfrage kann vom Stadtrat wie folgt schriftlich beantwortet werden:

Frage 1: Welche Überlegungen hat sich der Stadtrat hinsichtlich möglicher Unterstützungsmassnahmen der ukrainischen Flüchtlinge und der in der Ukraine verbleibenden Bevölkerung bisher gemacht?

Antwort zu Frage 1:

Hinsichtlich der Unterstützung ukrainischer Flüchtlinge legt der Stadtrat einen Schwerpunkt auf die Aufnahme und Begleitung von Flüchtlingen und stärkt diejenigen Hilfswerke, welche eine jahrzehntelange Erfahrung in der humanitären Hilfe vor Ort aufweisen.

Der Stadtrat hat umgehend nach Kriegsausbruch eine Internetseite über aktuellen Informationen erstellt (<https://www.aarau.ch/politik-verwaltung/aktuelles> Ukraine: Aktuelle Informationen), damit den Einwohnerinnen und Einwohnern die aktuellen Informationen zur Absicht des Stadtrates, Flüchtlingen Wohnraum zur Verfügung zu stellen, über die Möglichkeiten von Spenden und über Informationen zu den dringlichsten Fragen zur Verfügung steht.

Die Regionale Integrationsfachstelle der Stadt Aarau hat zudem eine Informationsplattform für Fachpersonen und interessierte Bürgerinnen und Bürger erstellt und aktualisiert diese laufend ([https://www.gesellschaft-aarau.ch/Statische Integrationsförderung/Ukraine: Aktuelle Informationen](https://www.gesellschaft-aarau.ch/Statische_Integrationsfoerderung/Ukraine:_Aktuelle_Informationen)). Auf dieser Seite informiert und koordiniert sie die vielen Hilfsangebote, wie beispielsweise die freiwilligen Übersetzungspersonen. Auch weiterführende Fragestellungen rund um die Anmeldung als Gastfamilie, zur Beschulung von Flüchtlingskindern, zu Informationen für Gemeinden wie auch Informationen zu Fragen und Antworten des Staatssekretariats für Migration werden darin zur Verfügung gestellt.

Frage 2: Welche Möglichkeiten sieht der Stadtrat in Bezug auf die Aufnahme von Flüchtlingen aus der Kriegsregion?

Antwort zu Frage 2:

Der Stadtrat hat entschieden, 19 Einzimmer- und 9 Zweizimmerwohnungen in der Alterssiedlung Herosé zur Verfügung zu stellen und einzurichten. Die Wohnungen sind mittlerweile bezugsbereit. Die geflüchteten Menschen werden vor Ort betreut werden. Dazu hat die Stadt Aarau mit der HEKS eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen. Die Wohnungen können bis Ende November 2022 benützt werden.

Frage 3: Welche Möglichkeiten sieht der Stadtrat um Sammlungen von Alltags- bzw. Notgütern und Hilfslieferungen logistisch zu unterstützen.



Antwort zu Frage 3:

Der Stadtrat sieht die Möglichkeiten der Unterstützung vornehmlich in der Unterstützung und Stärkung der Expertenorganisationen - seien dies lokale Organisationen für die Hilfe der aufgenommenen Flüchtlinge oder diejenigen Hilfswerke, welche eine langjährige Erfahrung in der humanitären Hilfe vor Ort ausweisen.

Frage 4: Welche Möglichkeiten sieht der Stadtrat für eine finanzielle Unterstützung zur Linderung der Not in der Ukraine?

Antwort zu Frage 4:

Der Stadtrat hat Anfangs März 2022 - aus dem Konto Entwicklungs-/Katastrophenhilfe Ausland - 20'000 Franken freigegeben. Dieser Betrag wurde der Glückskette überwiesen.

Frage 5: Welche Möglichkeit sieht der Stadtrat, als humanitären Akt die Lieferung von privat gesammelten kugelsicheren Westen und Helmen, wie auch Nachtsichtgeräte zu koordinieren und die Ausfuhr zu ermöglichen (mit Hinblick auf Exporteinschränkungen von «Dual-Use» Gütern)?

Frage 6: Welche Möglichkeiten sieht der Stadtrat innerhalb des rechtsstaatlichen Rahmens die Bemühungen der ukrainischen Regierung zum Erhalt der demokratischen Strukturen der Ukraine zumindest ideell zu unterstützen?

Antwort zur Frage 5 und 6:

Für den Stadtrat stehen die lokalen Aufgaben im Vordergrund. Die Lieferung von privat gesammelten Gütern, um die ukrainische Regierung ideell zu unterstützen, sieht er als ausserpolitische Aufgaben des Bundes an, welche seit Jahren verfolgt wird. Die Schweiz baute ihre Unterstützung für die Ukraine im Zeitraum 2015 bis 2018 mit einem Beitrag von rund 100 Millionen Franken aus. Mit diesem Engagement beteiligte sich die Schweiz an den Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft. Die Schweiz unterstützte die Ukraine bei der Konflikttransformation und beim Aufbau eines demokratischen Staates, der die Bedürfnisse der Bevölkerung berücksichtigt. Auf diese Weise setzt sie sich für Versöhnung, Frieden und Entwicklung ein (<https://www.eda.admin.ch/deza/de/home/deza/aktuell/dossiers/alle-dossiers/engagement-schweiz-ukraine....>

Peter Jann, Mitglied: Vielen Dank für die Beantwortung. Die Anfrage ist zwar bearbeitet, aber ich bin der Auffassung, dass die Arbeit erst anfängt. Es ist wichtig, dass diejenigen Personen, welche Flüchtlinge privat aufgenommen haben, umfassend über die Unterstützung informiert werden. Die Unterkunft ist das eine. Die Integration dieser Flüchtlinge in das tägliche Leben das andere. Ich hoffe, dass sich die Stadt diesbezüglich stark engagiert und unter Umständen das eine oder andere Projekt zurückstellt, um diesen dringlichen Bedarf jetzt anzugehen.

Angelica Cavegn Leitner, Stadträtin: Vielen Dank für diese Anmerkung. Ich verweise auf die Regionale Integrationsfachstelle, welche mit 50 Stellenprozenten aufgestockt werden konnte, damit genau diese Betreuung und diese Angebote vertieft werden können. Wir stehen auch in Kontakt mit denjenigen Leuten, welche privat Personen bei sich aufgenommen haben. Erste Flüchtlinge sind bereits im Pflegeheim Herosé eingezogen. Es wurden dorthin auch Leute aus privaten Unterkünften umplaziert. Es besteht ein Betreuungsvertrag mit HEKS. Diese Betreuungspersonen sind regelmässig jeden Tag vor Ort und an sie können Fragen gerichtet werden.



Traktandum 4

Anfrage Abdul M. Abdurahman (SP Stadt Aarau); Häusliche Gewalt

Christian Oehler, Präsident: Am 3. März hat Einwohnerrat Abdul M. Abdurahman (SP Stadt Aarau) eine Anfrage betreffend Häusliche Gewalt eingereicht.

Die Anfrage kann vom Stadtrat wie folgt schriftlich beantwortet werden:

Frage 1: Wie hoch schätzt der Stadtrat die Arbeitsbelastung der Polizei, der sozialen Dienste und der Lehrpersonen an städtischen Schulen ein, die mit häuslicher Gewalt einhergehen?

Stadtpolizei Aarau

Im Jahr 2021 bewirtschaftete die Stadtpolizei Aarau insgesamt 164 Fälle von häuslicher Gewalt. Gestützt auf die eingesetzten personellen Mittel bei der Erstintervention und die mit der Aufgabe zusammenhängenden Schreivarbeiten im Nachgang muss davon ausgegangen werden, dass im Durchschnitt pro Fall ein Arbeitsaufwand von einem halben Tag entsteht. Das heisst, aufs Jahr 2021 bezogen wandte die Stadtpolizei Aarau in der Thematik gut 80 Arbeitstage auf.

Soziale Dienste:

In die Erkennung, Beratung und Prävention häuslicher Gewalt sind mehrere Sektionen der Sozialen Dienste direkt oder indirekt involviert, weshalb eine präzise Aufwanderhebung anspruchsvoll ist. Die Sektion Abklärung und Beratung (AuB) im Kindes- und Erwachsenenschutz machte 2021 43 Abklärungen im Auftrag der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB), wovon es bei ca. einem Fünftel explizit um häusliche Gewalt ging und bei den restlichen um verschiedene Formen der möglichen Gefährdung oder Vernachlässigung. Für einen Abklärungsauftrag wird - sofern nicht akute Gefahr besteht - jeweils eine Frist von mind. 3 Monaten erteilt. Da häusliche Gewalt in ihren verschiedenen Formen oft hinter verschlossenen Türen stattfindet, der Vertrauensaufbau Geduld erfordert und mögliche Opfer nicht einer zusätzlichen Gefahr ausgesetzt werden sollen, kann der Zeitaufwand erheblich sein und stark variieren. 45 Stunden bis zur Berichterstellung sind mindestens notwendig. Es kann bei einer komplexen Abklärung mit vielen Beteiligten auch gut der doppelte Aufwand sein. Zusätzlich wurden 54 sog. freiwillige Beratungen zu möglicher Gefährdung geleistet. Die Sektion AuB ist durchschnittlich mind. an 1 ½ Arbeitstagen pro Woche mit dem Thema beschäftigt. Alle weiteren, in der Frage 3 erläuterten Bereiche sind in ihrer täglichen Arbeit ebenfalls mit der Thematik konfrontiert.

Kreisschule Aarau-Buchs (KSAB)

Der Schulsozialdienst der KSAB wird jährlich mit ca. 15 Fällen häuslicher Gewalt konfrontiert. Die Fälle kommen zum Vorschein, wenn sich Jugendliche an den Schulsozialdienst wenden, weil sie zuhause Gewalt erfahren. In den meisten Fällen kann mit einem Elterngespräch eine Verbesserung der Situation erreicht werden. Bei hartnäckigen Fällen (trotz Elterngespräch Wiederholung der Gewalt) finden in der Folge-Elterngespräche statt. In wenigen Fällen erfolgt eine Gefährdungsmeldung, teilweise durch die Schule, teilweise durch andere Familienmitglieder. Anzeigen wurden in den letzten gut 10 Jahren keine erstattet. Für einen Fall müssen 8 - 10 Arbeitsstunden aufgewendet werden; die jährliche Gesamtbelastung bewegt sich daher zwischen 14 und 18 Arbeitstagen.



Frage 2: Welche Strategie und welche Präventionsmassnahmen verfolgen der Stadtrat gegen häusliche Gewalt?

Die verschiedenen Angebote der Sozialen Dienste, welche den Einwohnerinnen und Einwohnern kostenlos zur Verfügung stehen, haben auch eine präventive Funktion. Sie sollen mögliche Unterstützungs- und Schutzbedürftigkeit erkennen und Hilfe anbieten, die Betroffenen aber auch zur Selbsthilfe und Selbstwirksamkeit befähigen. Ein Meldesystem sowie der Austausch zwischen den Fachstellen (Anlaufstelle häusliche Gewalt (AHG), Polizei, KESB, Kinderschutzgruppe, AuB) besteht bereits. Eine städtische Strategie der Sensibilisierung für das Thema und ein koordiniertes Früherkennungs- und Ablaufprotokoll könnte eine sinnvolle Ergänzung zur Prävention sein.

Frage 3: Von häuslicher Gewalt betroffen sind vor allem Frauen, zudem sind viele Kinder direkt oder indirekt Opfer. Welche Schutzmassnahmen und welche Anlaufstellen existieren in der Stadt Aarau für die betroffenen Personen häuslicher Gewalt?

Eine der Massnahmen zur Klärung möglicher häuslicher Gewalt ist die Einreichung einer Gefährdungsmeldung bei der KESB, welche in der Folge der Sektion AuB der Sozialen Dienste einen Abklärungsauftrag erteilt. In einem sorgfältigen und mehrschrittigen Prozess wird die Situation mit den Betroffenen und möglichst allen Involvierten (Fachstellen, Ärzte/Ärztinnen, Mütter-/Väterberatung, PDAG, Schule etc.) eruiert und bei akuter Gefährdung Sofortmassnahmen getroffen. Während des Abklärungsverfahrens wird zudem bereits subsidiäre Unterstützung installiert und schliesslich zuhanden der KESB (Familiengericht) ein Bericht mit Massnahme-Empfehlungen eingereicht. Diese können von der verpflichtenden Inanspruchnahme psychologisch/psychiatrischer Hilfe, über begleitete Besuchsrechtsregelungen, Errichtung einer massgeschneiderten Beistandschaft bis hin zum Entzug der Obhut im Falle von Kindern oder einer Platzierung reichen.

Abgesehen von diesem "gesetzlichen" Instrument der Abklärung im Auftrag der KESB wird die Beratung von Betroffenen und Angehörigen jeder Altersgruppe auch eigeninitiativ rege wahrgenommen und stellt eine effektive Form der Prävention dar.

Innerhalb der Abteilung Soziale Dienste sind – abgesehen von der Sektion Abklärung und Beratung (AuB) – alle Sektionen mit dem Thema in unterschiedlicher Ausprägung und mit unterschiedlichen Zuständigkeiten/Verantwortung konfrontiert (Berufsbeistände und Berufsbeiständinnen des Kindes- und Erwachsenenschutzes (KES), die Sozialberatung, die freiwillige Erziehungsberatung, die Jugendarbeit, das Eltern-Kind-Zentrum, die Mobile Altersarbeit etc.).

Anlaufstellen für betroffene Personen häuslicher Gewalt sind zudem die AHG, die Frauenzentrale, die Opferhilfeberatung, die Kinderschutzgruppe des Kinderspitals Aarau, abgesehen von der Möglichkeit, sich direkt bei der Polizei zu melden.

Frage 4: Gemäss der PKS sind vor allem Frauen von häuslicher Gewalt betroffen, davon auch viele Migrantinnen. Gibt es Präventionsflyer (bzw. Informationsflyer die aufzeigen, dass häusliche Gewalt eine Straftat ist und wo es Hilfe gibt) und wenn ja, wo und in welchen Sprachen werden diese zur Verfügung gestellt? Wenn nein, weshalb nicht?

In der Prävention und der Bekämpfung häuslicher Gewalt sind häufig verschiedene Akteure gleichzeitig involviert (Familie, Bekannte, Sozialdienste, Beratungsstellen, Schulen, Angehörige, Nachbarn, etc.), die mehr oder weniger sensibilisiert sind. Diese werden von den erwähnten Beratungsstellen und von der Regionalen Integrationsfachstelle (RIF) immer wieder aktiv informiert und sensibilisiert – dies mehrsprachig zu tun, ist ein wirksames und effizientes Mittel, um möglichst viele Betroffene zu erreichen.



Die Opferberatung Aargau stellt mehrsprachiges Informationsmaterial in Deutsch, Französisch, Italienisch, English, Gebärdensprache, Portugiesisch, Spanisch, Türkisch, Rumänisch, Bosnisch, Tamilisch, Arabisch und Amharisch (Äthiopisch) zur Verfügung.

Die Anlaufstelle gegen häusliche Gewalt Aargau hingegen setzt auf individuelle Informationen in der Beratung und zieht bei Bedarf geeignete Übersetzungspersonen bei.

Bei der RIF Aarau ist die Prävention zur häuslicher Gewalt Teil der Erstinformationen. Die Schlüsselpersonen, welche neu ankommende Migrantinnen und Migranten begrüßen, sind entsprechend geschult. Der Informationsflyer des RIF über das Beratungsangebot wird in 12 Sprachen angeboten: Deutsch, English, Französisch, Italienisch, Spanisch, Portugiesisch, Albanisch, Bosnisch, Türkisch, und drei verschiedene arabische Sprachen.

Keine Bemerkungen zu dieser Anfrage.

Es besteht noch eine längere Pendeuz. Am 2. Dezember 2021 hat Urs Winzenried eine Anfrage betreffend Sanierung Neugestaltung Tellistrasse unterbreitet. Ich habe bereits an der letzten Sitzung gebeten, diese bis zur heutigen Sitzung zu beantworten. Mir ist nicht bekannt, ob diese nun beantwortet wurde. Gemäss meinem Wissensstand ist diese Anfrage immer noch offen. Ich wäre froh, wenn diese bis zur Juni-Sitzung beantwortet werden könnte. Dann wäre seit der Einreichung ein halbes Jahr vergangen.

Sie haben die Traktandenliste mit den Beilagen und den Botschaften rechtzeitig erhalten, bzw. sie wurde so publiziert. Bei den Traktanden 15 und 16 handelt es sich um Kreditabrechnungen. Diese können heute nicht behandelt werden, weil sie noch nicht umfassend und definitiv geprüft worden sind. Dazu folgen aber Erläuterungen beim entsprechenden Traktandum vom Dieter Wicki. Gibt es sonst noch Ergänzungen und Bemerkungen zur vorliegenden Traktandenliste? Wenn das nicht der Fall ist, kommen wir zum Traktandum Jahresbericht 2021 der Einwohnergemeinde Aarau.



Traktandum 5

Jahresbericht 2021 der Einwohnergemeinde

Christian Oehler, Präsident: Ich verweise auf die Botschaft vom 7. März 2022. Ich richte im Namen des Einwohnerrates einen grossen Dank an die Verwaltung für die umfassende und ausführliche Berichterstattung und die ausserordentlich gute Darstellung des ganzen Berichts.

Mit Botschaft vom 7. März 2022 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat folgende

Anträge

1. *Der Jahresbericht für das Jahr 2021 sei gutzuheissen.*
2. *Die Rechnung der Einwohnergemeinde Aarau für das Jahr 2021 sei zu genehmigen.*
3. *Mit dem Jahresbericht 2021 seien folgende Motionen und Postulate des Einwohnerrates abzuschreiben:*
 - a) *Postulat Ueli Hertig, Esther Belser Gisi und Ulrich Fischer: Für eine städtische Wohnraumstrategie (GV 2)*
 - b) *Motion Alexander Umbricht, Matthias Keller, Peter Jann, Ulrich Fischer: Zeitgemässe Strukturen für die Aarauer Executive und Verwaltung (GV 33)*
 - c) *Motion Nicola Müller, Ulrich Fischer, Alexander Umbricht, Peter Jann und Matthias Keller: Departementsmodell – jetzt! (GV 99)*
 - d) *Dringliches Postulat Beatrice Klaus (SP) und Mitunterzeichnende: Aufnahme von geflüchteten Menschen aus dem Lager Moria (Lesbos, Griechenland) (GV 164)*

Wir hören zuerst das Referat aus der Finanz und Geschäftsprüfungskommission von Urs Winzenried. Anschliessend erfolgt die Gesamtwürdigung des Geschäftsberichts und der Jahresrechnung. Daraufhin rufe ich die Haupttitel auf. Wenn kein Veto eingelegt wird, gelten sie als genehmigt. Zum Schluss erfolgt die Gesamtabstimmung mit der Genehmigung des Jahresberichts 2021, der Jahresrechnung 2021 und der Abschreibung der Motionen und Postulate.

Urs Winzenried, Mitglied: Eine ganz zentrale Aufgabe der FGPK ist die Prüfung und Beratung des Jahresberichts und der Jahresrechnung. Bereits im Vorfeld der eigentlichen Sitzung prüft die FGPK in kleinen Gruppen die Rechnung stichprobeweise und analysiert auch die einzelnen Produktegruppen ein wenig, so, dass man in der eigentlichen Sitzung nicht mehr allzu viel Zeit über diese Punkte verliert. In diesem Zusammenhang sind auch in diesem Jahr viele Fragen, bereits im Vorfeld der FGPK-Sitzung, an die Verwaltung gestellt und zum allergrössten Teil befriedigend beantwortet worden, so, dass man nachher zielgerichtet durch die Sitzung gehen konnte. Trotzdem hat die FGPK an ihrer Sitzung vom 26. April nicht weniger als 3 Stunden über den Jahresbericht beraten. Diese Tatsache zeigt doch, dass die FGPK den Bericht sehr ernstgenommen und auch detailliert angeschaut hat. Die Auskunftspersonen Stadtpräsident Hanspeter Hilfiker, Madeleine Schweizer als Leiterin Abteilung Finanzen und IT und Mathias Mundwiler, Controller, haben die Fragen beantwortet. Zu Beginn der Sitzung haben die Herren Güller und Härrli von der Revisionsfirma Gruber Partner ihren, und insbesondere auch den ausführlichen Erläuterungsbericht, präsentiert. Zusammengefasst ist die Revisionsfirma zu folgendem Fazit gelangt: Die Jahresrechnung der Stadt Aarau entspricht den gesetzlichen Vorschriften. Gesamthaft gesehen hat die Stadt 2021 ein gutes Ergebnis erwirtschaftet. Die Revisionsfirma hat hervorgehoben, dass die Sitzungen mit der Verwaltung sehr gut vorbereitet waren und die Unterlagen korrekt bereitgestellt wurden. Es wurde auch erwähnt, dass



praktisch alle Empfehlungen, welche in der Hauptrevision, aber auch in der Zwischenrevision, welche das Bauwesen betraf, grossmehrheitlich umgesetzt wurden. Die Revisionsstelle hat ein positives Bild abgeliefert. Die Präsentationen sind mit dem FGPK-Protokoll verschickt worden. Einleitend hat der Stadtpräsident ein paar allgemeine Aussagen zum Jahresbericht gemacht. Er hat darauf hingewiesen, dass der gute Jahresabschluss, trotz Corona, eigentlich unerwartet gekommen ist. Die guten Steuer- und Vermögenserträge haben zu diesem guten Resultat geführt. Erfreulicherweise haben sämtliche Investitionen, wie geplant, getätigt werden können. Die Stadt hat ein gutes Steuer-substrat. Dem Stadtpräsidenten scheint es wichtig, dass stets die Gesamtzahlen und die Finanzaufstellungen eines Jahresberichtes und einer Jahresrechnung berücksichtigt werden und nicht nur einzelne Zahlen angeschaut werden. Man muss eine Gesamtsicht haben. Die Kommission hat anschliessend den Jahresbericht beraten. Einleitend hat die Kommission den Dank an die Verwaltung und den Stadtrat für den ausführlichen, gut strukturierten und gut lesbaren und bebilderten Jahresbericht ausgesprochen. Die Empfehlungen, welche die Kommission im Vorjahr an die Adresse der Verwaltung gemacht hat, sind praktisch alle umgesetzt worden. Die Kommission hat erwähnt, dass die guten Kurzberichte der Stadträte ganz am Anfang sehr willkommen sind und dass der Fokus jetzt auch auf die Zielerreichung in den einzelnen Abteilungen gesetzt worden ist. Ich werde nur ganz wenige ausgewählte Bereiche, über welche wir diskutiert haben, zusammenfassen und verweise auf die verschiedenen Protokolle, in deren Besitz Sie ja sind, namentlich FGPK-Protokoll und Protokoll Bericht der Revisionsstelle etc. Von den 41 Legislaturzielen, welche sich die Stadt gesetzt hat, sind 26 erfüllt worden. Das ist ein schöner Anteil. 11 wurden teilweise erfüllt und nur 4 Legislaturziele konnte man nicht erfüllen. Teilweise trifft die Verwaltung keine Schuld. Das Geschäft über die Erneuerung der Sportanlage Winkel zum Beispiel wurde vom Rat zurückgestellt. Im Weiteren haben beim Entwicklungsrichtplan Telli und beim Konzept Open Data die Ressourcen gefehlt. Das gleiche gilt beim Konzept Hintere Bahnhofstrasse. Alle anderen Legislaturziele sind erfüllt oder teilweise erfüllt worden. Beim Legislaturziel 7 handelt es sich um die Mobilität mit dem Start von 3 Projekten, welche für die Stadt sehr wichtig sind: Die Monamo-Teilprojekte, das Carsharing, die Spielstrasse und das Stadtmobil, welche im Jahr 2021 begonnen wurden.

Zum Anhang der Bilanz wurde von der Kommission erwähnt, dass es wünschbar wäre, wenn die Kennzahlen der Firmen, an welchen die Stadt beteiligt ist, auch im Jahresbericht veröffentlicht würden. Dazu hat der Stadtpräsident entgegnet, dass die Anteile der Stadt bei den meisten Firmen sehr, sehr klein sind und dass diese Firmen ihre Zahlen selbst veröffentlichen und man diese somit diesen Berichten entnehmen kann. Auch das neue Risikomanagement wurde angesprochen. Es handelt sich um ein neues Verwaltungssystem, bei welchem die Risiken der einzelnen Verwaltungsabteilungen jährlich mit den Abteilungsleitern diskutiert werden. Zu den einzelnen Produktgruppen möchte ich ganz kurz ein paar Kennzahlen nennen. Bei der politischen Führung, Produktgruppe 1, ist gewünscht worden, dass die Vorstösse des Einwohnerrentes, welche stetig zunehmen, im Jahresbericht auch nach oben angepasst werden. Bei der Produktgruppe 2, Zentrale Dienstleistungen, gab die hohe Fluktuation zu reden. Der Stadtpräsident hat ausgeführt, dass diese auf eine grosse Anzahl von Pensionierungen zurückzuführen ist und dass es schwierig ist, in der heutigen Zeit geeignete Leute zu finden, so, dass im Moment 15 offene Stellen nicht besetzt werden können, weil man nicht die entsprechend gut ausgebildeten Leute findet. Die Konkurrenz der Privatwirtschaft, welche die Verwaltung natürlich auch immer spürt, sind Gründe, dass man doch eine etwas höhere Fluktuation gehabt hat, als vielleicht in anderen Jahren. Die Stadtbibliothek verzeichnet erfreulicherweise eine hohe Nutzerzahl mit doch immerhin 43 Prozent Aarauern selbst, 25 Prozent aus anderen Gemeinden und sogar 32 Prozent aus nicht Beitragsgemeinden. Die Stadtbibliothek wird somit gut besucht. Hinsichtlich der Sozialarbeit, Produktgruppe 40, kann die Stadt die Erstgespräche nicht immer innerhalb der gewünschten 3 Wochen durchführen. Begründet wurde dies damit, dass es einfach sehr umfassende Zuständigkeitsabklärungen braucht, welche Instanz für diese Gespräche zuständig ist. Diese Abklärungen haben zu diesem



Manko geführt. Bei der Produktegruppe Polizei wurde moniert, dass die Ordnungsbussen stark gestiegen sind, hingegen bei den Fahndungserfolgen ein Minus besteht. Wünschbar wäre es, wenn es umgekehrt wäre und man mehr Fahndungserfolge und weniger Ordnungsbussen hätte. Generell zu den Produktegruppen wurde gewünscht, dass die Zielgruppenbenennung überprüft werden sollte. Im Bericht ist verschiedentlich von Einwohnern, von Bürgern, von der Bevölkerung oder der Öffentlichkeit zu lesen. Gemeint ist wohl immer dasselbe. Man sollte deshalb immer die gleichen Begriffe verwenden. In Bezug auf hängige Motionen und Postulate hat die Kommission gewünscht, dass das Überweisungsdatum inskünftig aufgeführt wird. Man hat festgestellt, dass älteste Motionen aus dem Jahr 2010 resultieren, aber das Überweisungsdatum nicht vermerkt ist. Wenn das Überweisungsdatum notiert ist, wüsste man auf Anhieb, wie alt die Vorstösse sind. In der Schlussdiskussion hat die Kommission den Dank an den Stadtrat und die Verwaltung für die gute Arbeit ausgesprochen. Erwähnt wurde das erfreuliche Ergebnis, die soliden Finanzen und die Realisierung der geplanten Investitionen. Es wurde festgestellt, dass sich Aarau bewegt. Der gute Jahresbericht mit den vielen verständlichen Informationen und Bildern zeigt auch, dass in Aarau viel und gut gearbeitet wird. Die Kommission hat den Jahresbericht 2021 gutgeheissen. Die Kommission hat einstimmig die Rechnung 2021 genehmigt. Einstimmig hat die Kommission das Postulat "Städtische Wohnraumstrategie", die Motion "Zeitgemässe Strukturen für die Aarauer Executive und Verwaltung" sowie die Motion "Departementsmodell – jetzt!" verabschiedet. Keine Einstimmigkeit herrschte beim Postulat "Aufnahme von geflüchteten Menschen aus dem Lager von Moria (Lesbos, Griechenland)". Diesbezüglich hat die Kommission mit 6 zu 5 Stimmen für die Abschreibung des dringlichen Postulats gestimmt.

Stefan Zubler, Mitglied: Im Namen der FDP-Fraktion möchte ich mich auch beim Stadtrat und der Verwaltung für die Arbeit und den übersichtlichen Jahresbericht bedanken. Ich bin gerade daran, einen Geschäftsbericht mit rund 30 Seiten aufzubereiten. Darum kann ich nachvollziehen, wie viel Arbeit und Fleiss darinsteckt. Aber auch hinter jeder einzelnen Zahl in diesem Buch steckt die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und ich glaube, wir können wirklich behaupten, dass in der Stadt Aarau gute Arbeit geleistet wird. Nach einem so erfolgreichen Jahr und einem Überschuss von 12 Millionen Franken fallen beim Lesen des Geschäftsberichts eigentlich nur positive Aspekte auf. Der gesamte betriebliche Aufwand liegt rund 2 Millionen Franken unter dem Budget und einmal mehr dürfen wir der Verwaltung für die grosse Budgetdisziplin ein Lob aussprechen. Die Selbstfinanzierung in den letzten 5 Jahren liegt im Schnitt bei rund 25 Millionen Franken, jetzt im 2021 sogar bei 32 Millionen Franken. Damit werden die langfristig angestrebten 20 Millionen Franken klar übertroffen. Wichtig ist auch, dass die geplanten Investitionen grösstenteils auch realisiert werden können. Zum dritten Mal in Folge haben wir die angepeilten 20 Millionen pro Jahr erreicht oder sogar übertroffen. Die Nettoinvestitionen der letzten 5 Jahre lagen aber trotzdem immer unter der Selbstfinanzierung und generierten so einen Finanzierungsüberschuss. Und auch das Nettovermögen pro Einwohner ist weiterhin steigend. Per Ende 2021 beträgt es neu beinahe 5'000 Franken pro Einwohnerin und Einwohner. Die Stadt Baden hat vergleichsweise per Ende 2020 eine Nettoschuld von rund 2'500 Franken pro Person. An dieser Stelle kann man sich natürlich schon fragen, ob es Aufgabe einer Stadt ist, Vermögen anzuhäufen? Aus Sicht der FDP-Fraktion ist diese Frage ganz klar mit nein zu beantworten. Wenn man dann noch das Haar in der Suppe suchen möchte, dann gibt es aus Sicht der FDP-Fraktion 2 Themen. Wir sind bereits mehrfach von Privatpersonen angesprochen worden, dass die Baubewilligungsverfahren in der Stadt Aarau sehr langweilig und mühsam sind. Auf der anderen Seite haben wir am 1. Mai-Anlass bei der Baustelle des KSA-Neubaus vernommen, dass dieses Verfahren sehr zügig behandelt worden ist. Wir würden uns wünschen, dass auch Private in den Genuss eines zügigen Verfahrens kommen und nicht nur die grösste Baustelle in der Region. Man kann behaupten, Aarau sei vom Anlagefonds abhängig und das betriebliche Ergebnis ist praktisch jedes Jahr negativ. Diese Aussage ist aus meiner Sicht korrekt. Der Anlagefond



ist unter dem Strich aber nichts anderes, als Vermögen unserer Einwohnerinnen und Einwohner. Indem wir das Vermögen nicht ausschütten, wird es angelegt und der Steuerfuss wird dadurch entlastet. Dieser Anlagefonds ist restriktiv angelegt und Schwankungsréserven sind vollständig geäufnet. Ich glaube, wir können auch hier behaupten, dass sorgfältig mit dem Sondervermögen umgegangen wird. Bei der letzten Budgetdebatte haben sich der Stadtrat und einzelne Vertreter der Zentrumsfraktion offen gezeigt, dass man eine Steuerfussenkung mindestens ernsthaft diskutieren kann, wenn die Rechnung 2021 über dem Budget abschliesst. Ich hoffe, dass sich diese Personen auch im nächsten September an diese Aussagen erinnern werden. Der Abschluss 2021 liegt 17 Millionen Franken über dem Budget. Seit dem Jahr 2014 sind Überschüsse von rund 60 Mio. Franken aufgelaufen. Und einmal mehr zeigen uns die Zahlen, dass die Stadt Aarau genau das gleiche Leistungsangebot zu einem tieferen Steuerfuss anbieten könnte. Wie vorher bereits erwähnt, ist es aus unserer Sicht nicht Aufgabe der Stadt, Vermögen anzuhäufen. Es geht Hand in Hand mit dem Grundsatz, dass wir keine Steuern auf Vorrat erheben werden. Wir freuen uns auf eine offene Budgetdebatte im September. Die FDP-Fraktion wird alle Anträge einstimmig unterstützen.

Fabio Mazzara, Mitglied: Im Namen der Fraktionen pro Aarau und EVP kann ich mich beim Stadtrat und der Verwaltung für die geleistete und gute Arbeit im letzten Jahr und für den erfreulichen Jahresabschluss herzlich bedanken. Die Rechnung und den Jahresbericht können wir mit gutem Gewissen gutheissen. Nebst den vielen positiven Sachen und Geschichten, welche das Leben in Aarau besonders lebenswert machen, gibt es aus unserer Sicht leider auch eine gewichtige Ausnahme. Es handelt sich um das Baubewilligungswesen, welches seit einigen Jahren immer wieder Stein des Anstosses ist. Aus der Sicht der Bürgerinnen und Bürger ist es unverständlich, dass die Stadt bei einer solch gewichtigen Sache die erwünschten Bearbeitungsfristen oft nicht einhalten kann. Im letzten Jahr hat es bei vereinfachten Verfahren 44 Prozent und bei den normalen Verfahren bis 6 Prozent eine Verzögerung gegeben. Das kann für die betroffenen Personen und Firmen sehr ärgerlich oder auch sehr teuer sein. Dem Einwohnerrat liegen ergänzende Informationen vor. Deshalb kann ich nachvollziehen, worauf das zurückzuführen ist. Wir haben eine neue BNO und das Projekt KSA verabschiedet. Wir haben die Digitalisierung der Prozesse umgesetzt und mussten Abgänge von Führungspersonen hinnehmen. Es ergaben sich Schwierigkeiten bei der Besetzung von Stellen. Gefühlt haben wir aber jedes Jahr einen weiteren neuen Grund, weshalb die Qualität nicht eingehalten werden kann. Mit Blick auf das kommende Budget möchte ich daher – anstelle einer verfrühten Steuerfussdiskussion – eher eine rechtzeitige Leistungsdiskussion starten. Haben wir dann, wenn alle Stellen besetzt sind, genügend Ressourcen in dieser Abteilung, um die Rückstände in den Dossiers aufzuholen und das Tagesgeschäft rechtzeitig zu erledigen, um für eine weitere ausserordentliche Situation gewappnet zu sein, welche ganz bestimmt eintreffen wird? Oder braucht es eine weitere oder eine halbe Stelle, damit mittelfristig Ruhe einkehrt und den Aarauerninnen und Aarauern auch in dieser Sache guter Service geboten werden kann? Ich möchte gerne Stadtrat Hanspeter Thür, welcher heute leider nicht hier ist, Stadtbaumeister Jan Hlavica und die neue Leiterin der Sektion Baubewilligungen, Ursula Wüst, bitten, sich dieser Frage zu stellen. Wenn diese Personen zur Erkenntnis kommen, dass im Budget eine Personalerhöhung sinnvoll wäre, dann würde ich den Wunsch im Herbst mit grossem Elan unterstützen.

Susanne Klaus Günthart, Mitglied: Die Grünen möchten sich auch ganz herzlich bei der Verwaltung und dem Stadtrat für den sorgfältig ausgearbeitete Jahresbericht bedanken. Der Bericht ist klar aufgebaut und gut verständlich, einfach ein super Arbeitspapier. Die Stadt Aarau hat zum Glück auch das letzte Jahr mit Corona ohne grosse Einschränkungen gut überstanden. Uns ist beim Lesen des Berichts aufgefallen, dass, infolge von Corona, viele interne Weiterbildungen bei der Verwaltung abgesagt werden mussten. Wir wünschen uns, dass diese Weiterbildungen nachgeholt werden können. Finanziell ist das letzte Jahr



sehr gut ausgefallen. Diesbezüglich möchten wir der Verwaltung mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und dem Stadtrat danken. Die Stadt Aarau erledigt ihre Arbeit mit Umsicht und Sorgfalt, was uns sehr freut. Erneut kann die Stadt Aarau ein erfreuliches Ergebnis präsentieren. Wir schliessen das Jahr 2021 mit einem Gewinn ab. Ein grosser Teil dieses Gewinns ist mit dem gut laufenden Anlagefonds erwirtschaftet worden. Gerade im Bereich des Anlagefonds ist es von Jahr zu Jahr schwer, eine Prognose zu stellen. Wir befürchten, dass man das nächste Jahr nicht mehr mit einem so grossen Gewinn aus dem Anlagefonds rechnen darf, wenn man die momentane Situation in der Welt betrachtet. Die gute finanzielle Lage der Stadt Aarau ist beruhigend, vor allem, weil noch viele Projekte anstehen, welche zukunftsweisend sein werden. Im Bereich Kultur werden wir uns zum Beispiel für den Neubau KIFF einsetzen. Auch weitere Projekte, wie die Tagesschule, die Verbindungsbrücke Scheibenschachen-Telli oder das Fussballstadion werden in den nächsten Jahren umgesetzt oder diskutiert. Gerade heute Abend durften wir uns über das Oberstufenzentrum der Kreisschule informieren lassen. Ein Projekt, wie das Schulzentrum, kann mit einer grossen Portion Innovation und auch genügend finanziellen Mitteln zu einem Leuchtturm im Aargau werden. Einen weiteren wichtigen Fokus setzen wir Grünen im Bereich der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien. Die Stadt Aarau hat sich, in Bezug auf Umwelt, ehrgeizige Ziele gesetzt, was uns natürlich freut. Wir finden, dass gerade in diesem Bereich genügend finanzielle Mittel benötigt werden. Es ist absolut klar, dass es sehr wichtig ist, jetzt zu handeln. Wir möchten weg von den fossilen Energieträgern. Wir müssen aus der Abhängigkeit von Drittstaaten weg. Wohin uns diese Abhängigkeit führt, erfahren wir jetzt gerade schmerzlich. Auch zeigt der Bericht des Umweltklimarates eine düstere Zukunft auf. Die aarauer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben bereits 2011, mit der Annahme von ESAK, Energiestadt Aarau, klar ein Zeichen gesetzt, dass Aarau seinen Teil zum Erhalt der Umwelt leisten möchte. Dank unserer guten finanziellen Lage ist es für Aarau sogar möglich, noch initiativer zu werden und so schweizweit eine Vorbildfunktion als Energiestadt zu übernehmen. Es würde mich unglaublich stolz machen, wenn zum Beispiel die Bewohnerinnen und Bewohner von Zürich oder Winterthur interessiert und bewundernd auf die Energiestadt Aarau schauen würden und nicht immer, wie es jetzt ist, umgekehrt. Wie die FDP freuen wir uns ebenfalls auf die Budgetdebatte im September. Die Grünen heissen den Jahresbericht 2021 gut und stimmen der Rechnung 2021 zu. Das Postulat für die städtische Wohnraumstrategie sowie die beiden Motionen schreiben wir ab. Das Postulat Aufnahme von geflüchteten Menschen aus Moria werden wir grossmehrheitlich nicht abschreiben.

Susanne Heuberger, Mitglied: Auch die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat und der Verwaltung herzlich für den informativen und sorgfältig aufbereiteten Jahresbericht 2021. Auch während des ganzen Jahres wird im Rathaus engagierte Arbeit geleistet, was wir ebenfalls sehr schätzen. Die SVP heisst den Jahresbericht 2021 gut, genehmigt die Rechnung 2021 und unterstützt die vom Stadtrat empfohlenen Abschreibungen von 2 Postulaten und Motionen einstimmig. Der Rechnungsabschluss 2021 würdigen wir wie folgt: Zwischen den seinerzeitigen negativen Budgetprognosen und dem effektiv grossartigen positiven Rechnungsergebnis liegen Welten. 17.4 Millionen Franken. Uns wurde schwarzmalerei ein Defizit von 5.4 Millionen Franken verkauft. In Tat und Wahrheit resultiert aber ein eminenter Gewinn von 12.12 Millionen Franken, notabene nach Abzug einer nicht budgetierten Einlage von zweieinhalb Millionen Franken in die Schwankungsreserve und bei gewichtigen überdurchschnittlichen Nettoinvestitionen von gut 24 Millionen Franken und einem hohen Realisierungsgrad von über 80 Prozent. Besser und erfreulicher kann es finanziell eigentlich fast nicht laufen. Der Stadtrat taxiert den satten Gewinn 2021 als überraschend und unerwartet. Dabei ist genau das Gegenteil der Fall. Dass erneut ein deutlich positiver Jahresabschluss in Aussicht steht, war schon länger absehbar. Mehr noch, es lag offensichtlich auf der Hand. Die Steuereinnahmen sind wiederum reichlich geflossen. Die Lage an den Finanzmärkten ist erneut exzellent. Die Wirtschaft hat die Coronapandemie um einiges besser als erwartet verkraftet. Genau diese Parameter haben wir von der SVP



bereits in der Debatte zum Budget 2021 angesprochen und haben das vom Stadtrat hinaufbeschworene Defizit als komplett falsch taxiert. Deshalb haben wir den Voranschlag 2021 geschlossen abgelehnt, notabene als einzige Partei und, wie die Realität jetzt zeigt, vollkommen zu Recht. Das behördlicherseits für das Jahr 2021 hinaufbeschworene Defizit ist folgerichtig wie ein zu stark aufgeblasener Luftballon zerplatzt. Sämtliche Rechtfertigungen, mit welchen es dem Stadtrat und der linken Einwohnerratsmehrheit bislang stets gelungen ist, die überfällige Steuerfussenkung zu verhindern, erhalten einen immer schärferen Nachgeschmack, angesichts des unglaublichen Überschusses, welcher im Jahr 2021 resultierte. Unersättlichkeit macht sich unter der linken Vorherrschaft breit, eine bedenkliche Entwicklung. Gegen diese bedenkliche Unersättlichkeit gilt es sich zu wehren und anzukämpfen. Unsere langjährige Forderung nach einer Steuerfussenkung bleibt erst recht, angesichts der gewaltigen Rechnungsüberschüssen aus 6 Jahren in Folge von über 50 Mio. Franken, bestehen. Die FDP vertritt die Meinung, dass es nicht Aufgabe der öffentlichen Hand ist, Vermögen anzuhäufen. Die Stadt Aarau ist in einer sehr komfortablen Lage. Wir erwarten im Herbst vom Stadtrat den Lead, dass er eine Steuerfussenkung empfiehlt. Das ist unsere Ansage. Wie man aus verschiedenen Voten bereits erfahren hat, wird die Budgetdebatte im Herbst vermutlich die Fronten nicht gross aufweichen. Wir sind gespannt darauf. Wir freuen uns, diese zu führen und wir sind auch gespannt darauf, was das Volk dazu sagt. Wir haben in Aarau viele Leute, die aus verschiedensten Gründen keine Steuern zahlen. Wir haben aber auch sehr viele Leute, die hohe Steuerbeträge entrichten. Diesen Steuerzahlenden müssen wir Sorge tragen, im Herbst diese Steuerdebatte führen und ernsthaft eine Steuerfussenkung in Betracht ziehen.

Christian Oehler, Präsident: Bevor wird mit der Diskussion weiterverfahren, möchte ich noch Nicola Müller begrüßen, welcher in der Zwischenzeit ebenfalls eingetroffen ist. Somit sind 46 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte anwesend, das absolute Mehr beträgt demnach 24.

Alexander Umbricht, Mitglied: "Denn wer da hat, dem wird gegeben, dass er die Fülle habe" (Matthäus 25.29) Für wen das Evangelium oder die Jahresrechnung 2021 wichtiger ist, lasse ich gerne offen. Dafür bin ich froh, dass es nur eine Version gibt und nicht eine Jahresrechnung 2021 nach Hanspeter, eine Jahresrechnung 2021 nach Silvia usw. Aber tatsächlich gilt auch für die Stadt Aarau: "Wer hat dem wird gegeben". Konkret heisst das: 1. Die Stadt Aarau hat einen Anlagefonds mit einem Vermögen von knapp 112 Millionen Franken. Andere Gemeinden haben Schulden. Das Vermögen hat uns Erträge von 9.5 Millionen Franken gebracht, 8.3 Millionen mehr als budgetiert. Andere Gemeinden zahlen Schuldzinsen. 9.5 Millionen Franken entsprechen immerhin deutlich mehr als 10 Steuerprozenten. 2. Die Eniwa gehört zu gut 95 Prozent der Stadt. Dass die Eniwa für die Stadt wertvoll ist, zeigt sich daran, dass alleine die Dividendenausschüttung zu Gunsten der Stadt, 1.7 Millionen Franken besser ausgefallen ist, als budgetiert. Wenige Gemeinden besitzen ein Energieversorgungsunternehmen mit einer Bilanzsumme von gut mehr als 600 Millionen Franken. Zusammengefasst kann man festhalten, dass 2021 in erster Linie ein sehr gutes Finanzjahr gewesen ist. Alleine auf den beiden Positionen Anlagefonds und Dividenden Eniwa resultieren gegenüber dem Budget Mehreinnahmen von 10 Millionen Franken. Es ist cool, wenn man Geld hat, welches für uns arbeitet. Noch cooler ist es, wenn man sehr viel Geld besitzt, welches noch mehr arbeiten kann. In diesem Fall kann man, zumindest theoretisch, auch darüber hinwegsehen, dass das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit negativ ist, negativ um knapp 7 Millionen Franken. Schon noch gut, dass diese Tatsache in dieser Diskussion, aufgrund unserer Finanzerträge, entweder gar nicht auffällt, oder zumindest nicht so ins Gewicht fällt. Wir haben nur eine Jahresrechnung. Wie wir heute bereits gehört haben und eventuell auch noch einmal hören werden, gibt es verschiedene Interpretationen. Heisst die Jahresrechnung jetzt: So ist perfekt, sie muss nicht geändert werden? Senkung des Steuerfusses? Erhöhung der Leistungen für die Aarauerinnen und Aarauer? Investitionen in Klimaschutz, Investitionen in die Vereinbarkeit



von Familie und Beruf oder eine Kombination davon? Die Interpretation der Mitte und der GLP ist folgende: Wir freuen uns über das positive Ergebnis. Wir danken selbstverständlich auch allen Stadtangestellten für das Geleistete und ihren Beitrag zum Ergebnis. Zu den vorhergenannten Fragen äussern wir uns dann im Rahmen des Budgets und nicht im Rahmen der Rechnung. Beispielsweise sind wir der Ansicht, dass zuerst einmal das kantonale Abstimmungsergebnis vom nächsten Sonntag abgewartet werden muss. Auch über die Indikatoren und WOSA werden wir uns an anderer Stelle äussern. Für den Kommentar zum Baubewilligungswesen verweisen wir sowohl auf die Äusserungen der FDP, als natürlich auf die unseres Zentrumskollegen Fabio Mazzara. Seinen Aussagen stimmen wir zu. Die Grünliberalen und die Mitte heissen den Jahresbericht gut und genehmigen die Rechnung. Die Postulate und Motionen werden wir dreimal relativ langweilig abnicken und einmal, so zum Abschluss, teilweise mit ja und nein entscheiden

Nicola Müller, Mitglied: Im Namen der SP-Fraktion möchte ich mich zuerst beim Stadtrat und bei der Verwaltung für den gut aufbereiteten und informativen Jahresbericht bedanken. Ein solcher Jahresbericht gibt uns Politikerinnen und Politikern einerseits, aber auch der ganzen Bevölkerung andererseits, einen ausgezeichneten Einblick in all das, was in einer Stadt in einem Jahr alles vor sich geht. Natürlich beantwortet der Jahresbericht nicht alle Fragen. Es ist deshalb umso erfreulicher, dass sich allfällige Lücken auch dieses Mal wieder ganz unkompliziert mit einem kurzen Anruf bei den betreffenden Verwaltungseinheiten schliessen liessen. Vielen Dank dafür allen Beteiligten. Das Jahresergebnis 2021 ist äusserst erfreulich. Die Stadt schliesst deutlich besser ab als erwartet. Dazu beigetragen haben – man konnte es im Jahresbericht nachlesen und es wurde bereits mehrfach betont – insbesondere 3 Positionen. Nämlich die Fiskalerträge, das Ergebnis aus dem Anlagefonds und die Beteiligungserträge. Es lohnt sich, mindestens 2 dieser 3 Positionen, kurz näher anzuschauen. Bei den Steuereinnahmen zeigt sich, im Vergleich zum Vorjahr, ein deutlicher Anstieg. Obwohl rund 80 Prozent des Steuersubstrats von natürlichen Personen geleistet werden, also von euch und von mir, stammt der Löwenanteil des Anstiegs von rund 3 Millionen Franken von Seiten juristischer Personen. An genau diesem Stuhlbein wird momentan natürlich mit Vollgas gesägt, wenn, was wir zwar nicht hoffen, aber eben doch leider zu erwarten ist, am 15. Mai die kantonale Steuergesetzrevision vom Volk angenommen wird. Auch wenn man das Märchen der dynamischen Effekte glauben sollte (bis anhin konnte mir noch niemand plausibel darlegen, wo sich all die Unternehmen in Aarau ansiedeln sollen), kommen massive Steuerausfälle auf uns zu und zwar bei den natürlichen und bei den juristischen Personen. Diese Löcher müssen natürlich nachher wieder geschlossen werden und das geschieht allein bei den natürlichen Personen durch eine Anhebung des Steuerfusses. An zweiter Stelle steht der Anlagefonds, welcher mit einer Performance von gut 24 Prozent, beziehungsweise 14 Millionen Franken, aussergewöhnlich gut abschliesst. Dabei ist aber zu beachten, dass mit der Erhöhung des Aktienanteils von 5, auf sage und schreibe 35 Prozent, bewusst eine risikoreichere Strategie gefahren wurde, als in den Jahren zuvor. Diese Strategie hätte natürlich auch genauso umgekehrt ausgehen können. Die Revisoren sehen die hohe Anlagefonds-Abhängigkeit der Stadt deshalb seit Jahren zu Recht sehr kritisch. Wir teilen diese Auffassung voll und ganz. Bei der vorliegenden finanziellen Ausgangslage, also bei einer ins Haus stehenden Steuergesetzrevision, welche uns ein Loch von mehreren Millionen bescheren kann und einer hohen Abhängigkeit von einem volatilen, mithin unberechenbaren Wertschriftenmarkt, eine Reduktion des Steuerfusses zu fordern, ist natürlich völlig unverständlich und verursacht bei mir ein Kopfschütteln. Diese Strategie entspricht ganz offensichtlich auch nicht dem, was die Bevölkerung von uns erwartet. Das zeigt sich nicht nur daran, dass das Budget 2022, bei einer durchaus vergleichbaren finanziellen Ausgangslage mit rund 85 Prozent, fraglos gutgeheissen worden ist. Aber es zeigt sich eben auch daran, von welchen Parteien und Haltungen sich die Menschen in Aarau hier im Einwohnerrat am besten vertreten fühlen. Die aarauer Bevölkerung, die Aarauerinnen und Aarauer, wollen stabile finanzielle Ver-



hältnisse. Sie sind bereit, für gute Leistungen einen angemessenen Steuerbeitrag zu zahlen. Nicht aus den Augen zu verlieren ist in diesem Zusammenhang nämlich auch, dass wir bereits 3 grosse Sparpakete hinter uns haben, welche mit Bestimmtheit zu diesem Ergebnis beigetragen haben. Bei Stabilo 1, Stabilo 2 und LuP sind zum Teil schmerzliche Kürzungen vorgenommen worden. Wenn man also darüber sprechen möchte, was man künftig mit Überschüssen machen will, dann muss man definitiv noch einmal über die Bücher und sich fragen, was man dann vielleicht damals in dieser Sparhysterie alles zu viel weggespart hat. Das hat definitiv nichts mit Unersättlichkeit zu tun. Ich komme jetzt gerne noch auf einige Punkte zu sprechen, die uns bei den Berichten aus den einzelnen PGs aufgefallen sind. Bei der PG 02 sticht, nebst dem Minderaufwand, vor allem die hohe Fluktuation der Verwaltung ins Auge. Dass der Stadtrat mit einer Anpassung der Lohnbänder bei diesem Punkt primär monetär Abhilfe schaffen möchte, ist zwar teilweise nachvollziehbar. Wir sind aber der Auffassung, dass es ebenso wichtig ist, auch sonst auf gute Arbeitsbedingungen zu achten. Das bedingt nicht nur, dass künftig wieder die Ausbildungs- und Weiterbildungskredite voll ausgeschöpft werden, sondern auch, dass den Mitarbeitenden mit der Durchführung von Jahresabschlussessen, Personalausflügen und Ähnlichem die nötige Wertschätzung auf einer anderen, als eben bloss der finanziellen Ebene, entgegengebracht wird. Bei der Kultur, PG 20, fällt die Verschiebung des Förderumfangs von young and fresh, beziehungsweise base, hin zu den Premium-Beiträgen auf. Das ist natürlich nicht die Meinung. Wir haben jetzt wirklich in den letzten Jahresberichten und den Budgetdebatten immer wieder betont, dass junge und innovative Kunst und Kultur nicht zu Gunsten der etablierten Kunst und Kultur unter die Räder kommen darf. Wenn das bisherige Kulturbudget nicht reicht, was offenbar der Fall ist, erwarten wir, dass der Stadtrat mehr Geld beantragt. Eine eigenmächtige Verschiebung zu veranlassen, geht aber nicht, weil wir im Rahmen unseres Budgets Wirkungs- und Leistungsziele definiert haben. Grundsätzlich freut es uns, dass wirkungszielbetreffend ein Führen der Beistandschaften mittlerweile erreicht wird. Gleichzeitig muss man aber schon sehen, dass man die Zielvergleiche niedrig angesetzt hat. Wir sind der Meinung, dass es einfach möglich sein sollte, dass mindestens in 80 Prozent der Fälle innerhalb von 2 Wochen nach Errichtung einer solchen Beistandschaft ein Erstgespräch mit der Beiständin oder dem Beistand stattfinden kann. Wir werden einfach das Gefühl nicht los, dass die Amtsbeiständinnen und Amtsbeistände völlig unterdotiert sind. Auch diese Problematik soll mit dem nächsten Budget angegangen werden. Beobachten müssen wir auch die Entwicklungen im Bereich des Baubewilligungswesens, in welchem wirklich auch keine gute Performance abgeliefert wurde. Die mobile Jugendarbeit leistet enorm wichtige Arbeit. Uns freut es darum sehr, dass im Berichtsjahr, trotz Corona-Einschränkungen, 10 Prozent mehr Kontakte zu den Jugendlichen stattgefunden haben, wie quasi geplant. Wir sind fest der Meinung, dass dieses Angebot in nächster Zeit noch gestärkt werden sollte und wir werden uns in der Budgetdebatte, beziehungsweise vorher, entsprechend einsetzen. Ein grosses Dankeschön möchten wir dieses Jahr auch der Feuerwehr aussprechen. Der Umfang der geleisteten Einsätze mit rund 330 ist enorm. Uns beeindruckt auch immer wieder, dass es einer freiwilligen Feuerwehr wirklich zu 100 Prozent gelingt, dass innerhalb von 10 Minuten ein Fahrzeug beim jeweiligen Einsatzort ist. Erfreulich ist auch, dass sich die Investitionen in den Heizungsersatz und Modernisierung der technischen Anlagen mittlerweile sichtbar auf den Energieverbrauch der städtischen Liegenschaften auswirkt. Positiv hervorzuheben ist auch die Entwicklung bei FuSTA, ist doch die Anzahl der Kinder ohne Betreuungsplatz zwischen 2020 und 2021 von 89 auf 29 rapide gesunken. Auch da kann man nur sagen, die Richtung stimmt, weiter so. Zum Abschluss noch etwas zu den beantragten Abschreibungen. Die SP-Fraktion unterstützt mehrheitlich die Anträge des Stadtrates. Eine Ausnahme bildet das Postulat zu Moria. Dazu wird aber Beatrice Klaus noch für unsere Fraktion sprechen. Mit der Abschreibung der Motion "Departementsmodell – jetzt!" sind wir im Grundsatz einverstanden. Der Stadtrat hat schliesslich seinen Job gemacht. Ich möchte aber an dieser Stelle erwähnen, dass dieses Thema für mich persönlich jedenfalls noch nicht vom Tisch ist und ich mir vorbehalte, dieses Anliegen einem neugewählten Einwohnerrat noch einmal zur Diskussion zu unterbreiten.



Christian Oehler, Präsident: Ich gehe nun davon aus, dass die allgemeine Diskussion geschlossen ist, oder wird das Wort weiterhin gewünscht? Da dies nicht der Fall ist, gelangen wir zum Inhaltsverzeichnis. Wenn jemand Auskunft zu einer Detailposition wünscht, besteht die Gelegenheit, sich zu melden. Es gibt keine Wortmeldungen zu:

- Erfolgskontrolle Jahresziele
- Erfolgsrechnung
- Investitionen und Finanzierungsausweis
- Bilanz
- Geldflussrechnung
- Anhang zur Bilanz
- Finanzkennzahlen
- Jahresbericht der Produktgruppen

Wird das Wort noch zu den folgenden abzuschreibenden Postulaten und Motionen gewünscht:

a) Postulat Ueli Hertig, Esther Belser Gisi und Ulrich Fischer: Für eine städtische Wohnraumstrategie
keine Wortmeldungen

b) Motion Alexander Umrich, Matthias Keller, Peter Jann, Ulrich Fischer: Zeitgemässe Strukturen für die Aarauer Executive und Verwaltung
keine Wortmeldungen

c) Motion Nicola Müller, Ulrich Fischer, Alexander Umbricht, Peter Jann und Matthias Keller: Departementsmodell – jetzt!
keine Wortmeldungen

d) Dingliches Postulat Beatrice Klaus (SP) und Mitunterzeichnende: Aufnahme von geflüchteten Menschen aus dem Lager Moria (Lesbos, Griechenland)

Beatrice Klaus, Mitglied: Der 21. September 2020 war für mich als Wohnerrätin der Stadt Aarau ein stolzer Tag, weil an diesem Datum das Postulat "Aufnahme von geflüchteten Menschen aus dem Lager Moria (Lesbos Griechenland)" mit 27 Ja-Stimmen zu 18 Nein-Stimmen und auf Empfehlung des Stadtrates überwiesen wurde. Immer, wenn ich die Politik der Stadt Aarau einem eher konservativen Kanton erkläre, erwähne ich natürlich auch dieses Ergebnis. Aarau hat damit seine Solidarität mit geflüchteten Menschen und sein Herz für Menschen in Not zum Ausdruck gebracht. Seit dem 24. Februar 2022 hat sich die Wahrnehmung von Menschen auf der Flucht drastisch verändert. Die Stadt Aarau handelt einmal mehr und mit ihr fühlt die ganze Schweiz und nicht nur diejenigen Städte, welche sich zur Aufnahme von geflüchteten Menschen aus Moria bereit erklärt haben. Ebenfalls handelt der Bundesrat. Und auf einmal ist möglich, was für in Moria festgehaltene Menschen noch nicht einmal in Erwägung gezogen wurde. Verstehen Sie mich nicht falsch. Es ist grossartig, wie Menschen aus der Ukraine aufgenommen werden. Ich wünschte mir das unbürokratische, humanitäre Vorgehen aber für alle geflüchteten Menschen. Was unterscheidet die Erfahrung zum Beispiel von Menschen aus Syrien, von denen, die aus der Ukraine geflüchtet sind. Die zerstörten Städte, die Erfahrung mit Bombardierungen und die tausende von Toten können es zum Beispiel nicht sein. Eine Schelmin oder ein Schelm, die denken, dass da eine Unterscheidung zwischen Europäerinnen und Europäern auf der einen und die Menschen aus dem geografischen Süden auf der anderen Seite gemacht wird. Die Situation auf Lesbos ist in den Hintergrund gerückt. Aus den Augen, aus dem Sinn. Noch immer leben aber Menschen, darunter viele Kinder, unter widrigsten Umständen, in von Stacheldrahtzäunen umgebenen Zeltlagern mit einer absolut



unzureichenden Infrastruktur, zu wenig Essen und unter schlimmsten sanitären Bedingungen.

Wir danken dem Stadtrat für seine Bemühungen in Bezug auf die Aufnahme von geflüchteten Menschen aus dem Lager Moria. Es ist uns bewusst, dass es nicht an ihm liegt, dass unsere Stimme, sowie auch die Stimmen von 37 weiteren solidarischen Städten und Dörfern, vom Bundesrat nicht gehört worden sind. Das ändert aber nichts an der Dringlichkeit der Hilfe für die flüchteten Menschen auf Lesbos. Der Bundesrat hat zwischenzeitlich bewiesen, was möglich ist, wenn er nur will. Offenbar braucht es aber, in Bezug auf geflüchtete Menschen aus anderen Weltgegenden und vor allem auch mit Bezug auf die Aufnahme von geflüchteten Menschen aus Lesbos, noch mehr Druck. Sein Vorgehen oder eher sein nicht Vorgehen gegenüber den Menschen auf Lesbos wirkt, angesichts der grossartigen unbürokratischen Aufnahme von Menschen aus der Ukraine, noch zynischer und unmenschlicher, als 2020. Kommt dazu, dass 2020 - wie vom Bundesrat angesichts von Test- und Quarantänemöglichkeiten etwas scheinheilig aufgrund von Corona vorgebracht - die Schweiz noch nicht einmal 1/4 des Flüchtlingskontingents ausgeschöpft hat, zu welchem sie sich im Rahmen eines Resettlementabkommens verpflichtet hat. Und auch 2021 hat die Schweiz die Vereinbarung nicht eingehalten. In diesem Sinn ist das Postulat "Aufnahme von geflüchteten Menschen aus dem Lager Moria (Lesbos Griechenland)" nicht etwa obsolet, sondern so dringend wie damals 2020, als es überwiesen wurde. Wir bitten Sie deshalb, das Postulat nicht abzuschreiben.

Dr. Hanspeter Hilfiker, Stadtpräsident: Vielen Dank für die im Grundsatz gute Aufnahme unseres Abschlusses, was natürlich, infolge der positiven Art und Weise, wie er ausgefallen ist, nicht besonders erstaunlich ist. Ich möchte zwei, drei Punkte erwähnen, welche aus meiner Sicht zum Teil falsch interpretiert wurden. Unsere Budgetierung im Frühling 2020 für das Jahr 2021 war natürlich weder unersättlich noch schwarzmalersch. Wir sind dabei den Einschätzungen von Bund und Kanton gefolgt. Dass nachher die wirtschaftliche Entwicklung für uns viel besser ausgefallen ist als unsere Budgetannahme, ist positiv und hat nichts mit Schwarzmalerei zu tun. Weiter zu erwähnen ist die Basis unseres Vermögens, welche über Jahrzehnte erarbeitet wurde und sich nicht von heute auf morgen verändert. Wir haben diesen Anlagefonds bewusst angelegt, mit Volksentscheid untermalt, und haben damit die Möglichkeit, dass dieser einen substanziellen Beitrag zu unserem Ertrag beisteuert. Letztes Jahr fiel dieser Ertrag sehr positiv aus, das wird sicher nicht jedes Jahr so sein. Wir rechnen darum auch im Budget immer mit einem moderaten Ertrag aus dem Anlagefonds. Der dreistufige Erfolgsausweis ist ein Erfolgsausweis, welcher absolut kompatibel mit allen privaten und öffentlichen Rechnungslegungen ist, weil es natürlich darum geht, auch die Erträge aus den Finanzmärkten verbuchen zu können. Selbstverständlich basieren wir nicht schwergewichtig auf diesen, aber es ist für uns eine wichtige Komponente. Für den Stadtrat ist zentral, dass man die Investitionen im letzten Jahr - aber auch in den letzten Jahren generell - tatsächlich realisieren konnte. Wir haben eine Finanzstrategie gemacht. Wir wollen eine 100-prozentige Eigenfinanzierung der Investitionen und diese Eigenfinanzierung haben wir erreicht. Das ist sehr positiv und wirkt sich auch auf die Lebensqualität der Stadt Aarau positiv aus. In die Zukunft schauend sieht Nicola Müller schon wieder einige dunkle Wolken mit verschiedenen Perspektiven. Wir verlassen jetzt eine Phase mit einer zweijährigen Pandemie. Wir waren bewusst vorsichtig, weil wir nicht wussten, was passiert. Das sind wir jedoch immer. Ich möchte Sie auf das Budget 2017 und den Politikplan 2018 bis 2022 hinweisen. Damals stand die Steuergesetzrevision 2017 vor der Tür und man befürchtete den Ausfall von Millionen von Steuererträgen. Bereits ein Jahr später war dies kein Thema mehr. Steuergesetzrevisionen kommen immer wieder vor. Die Auswirkungen sind meistens weniger negativ als man denkt. Das Zentrale ist aber, dass es keine Rezession gibt. Wenn es keine Rezession gibt, dann sind die Perspektiven auch für uns positiv. Wenn es eine gibt, werden die Finanzerträge und die Steuerträge auf der ganzen Linie zurückgehen. Das ist ganz klar. Wir müssen uns dann in



der Budgetdiskussion überlegen, wie die Perspektive ist und was wir mit dem Polster anstellen, welches wir uns in den letzten 5 - 6 Jahren angespart haben. Es ist nicht das Ziel, immer mehr anzusparen. Wichtig ist, dass wir ein gutes Leistungspaket und Investitionen haben, welche realisiert und zu 100 Prozent selbstfinanziert werden können. Das haben wir in den letzten 5 Jahren lückenlos erreicht.

Christian Oehler, Präsident: Da das Wort nicht weiter verlangt wird, gelangen wir zu den

Abstimmungen

Beschlüsse

1. *Der Jahresbericht für das Jahr 2021 wird gutgeheissen (einstimmig)*
2. *Die Rechnung der Einwohnergemeinde Aarau für das Jahr 2021 wird genehmigt (einstimmig)*
3. *Das Postulat Ueli Hertig, Esther Belser Gisi und Ulrich Fischer: Für eine städtische Wohnraumstrategie, wird abgeschrieben (einstimmig)*
4. *Die Motion Alexander Umbricht, Matthias Keller, Peter Jann, Ulrich Fischer: Zeitgemässe Strukturen für die Aarauer Executibe und Verwaltung, wird abgeschrieben (einstimmig)*
5. *Die Motion Nicola Müller, Ulrich Fischer, Alexander Umbricht, Peter Jann und Matthias Keller: Departementsmodell – jetzt!, wird abgeschrieben (einstimmig)*
6. *Das dringliche Postulat Beatrice Klaus (SP) und Mitunterzeichnende: Aufnahme von geflüchteten Menschen aus dem Lager Moria (Lesbos, Griechenland), wird abgeschrieben (23 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltung)*

Die Beschlüsse 1 und 2 unterliegen gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

Die Beschlüsse 3 – 6 unterliegen gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.



Traktandum 6

Grundhafte Sanierung Maienzugplatz mit Erhalt des alten Baumbestands, Kreditantrag

Christian Oehler, Präsident: Mit Botschaft vom 14. März 2022 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat folgenden

Antrag

Der Einwohnerrat bewilligt den Verpflichtungskredit in der Höhe von 2'150'000 Franken inkl. MwSt. für das Projekt "Sanierung Maienzugplatz" einschliesslich Elektrifizierung / Beleuchtung zu Lasten der Investitionsrechnung.

Wir hören zuerst das Referat aus der Finanz und Geschäftsprüfungskommission. Anschliessend folgen die Diskussionen im Einwohnerrat und die Stellungnahme des Stadtrates. Am Schluss stimmen wir ab. Das Referat aus der FGPK hält Angela Milesi.

Angela Milesi, Mitglied: Ich gebe Ihnen in die Behandlung des genannten Kreditantrages Einblick. Die gestellten Fragen bezogen sich auf die Beleuchtung, die Elektrifizierung und Energie sowie Lichtverschmutzung, die Sitzgelegenheiten und den Brunnen, die Höherlegung des ganzen Platzes, Geogitter, Entwässerungssteine und Unterhalt, die Wiese, welche westlich an den Maienzugplatz anschliesst und auf eine alte Idee, sie durch eine Mergelfläche zu ersetzen, den Carparkplatz und in diesem Zusammenhang auf einen möglichen Verlust von nicht versiegelter Fläche. Als Auskunftspersonen standen Werner Schib, Vize-Stadtpäsident, und Jens Hübner, Leiter Sektion Tiefbau, zur Verfügung. Im Moment muss man für Anlässe jedes Mal die Beleuchtung installieren. Das ist ein Grund, den Platz jetzt zu elektrifizieren. Für die Sicherheit wird gleichzeitig auch ein Korridor mit einer diskreten Beleuchtung und insektenfreundlichen Leuchtkörpern angestrebt. Wahrscheinlich erfolgt die Beleuchtung nicht während der ganzen Nacht. Dieser Entscheid ist noch offen. Auf jeden Fall erfolgt kein Anschluss an die öffentliche Beleuchtung und damit auch nicht an deren Dauer. Hinsichtlich der Möblierung wurde erwähnt, dass diese während den Bauarbeiten noch definiert wird, mit Rücksicht auf die Nutzbarkeit bei Festivitäten. Das betrifft auch den Brunnen. Beides wurde budgetiert. Fragen gab es zum Platz mit dem unverrottbaren Geogitter. Es handle sich dabei nicht um ein Wunschprogramm, sondern sei der starken Verwurzelung der Bäume geschuldet. Das Gitter verhindert, dass die Wurzeln weiter nach oben wachsen und auch, dass der Druck von unten auf den Abschluss mit diesen Entwässerungssteinen ausgeglichen wird. Die Baumnischen werden mit einem wasserdurchlässigen Stabilizer abgedeckt, so, dass man darüber laufen und fahren kann. Man habe das ganze System in Freiburg im Breisgau besichtigt. Hauptargument für die Wiese ist der ökologische höhere Wert. Es ist auch so, dass die Bäume auf der Wiese noch grösser sind, als auf dem Maienzugplatz und die Durchwurzelung entsprechend noch stärker ist. Es bräuchte also eine Höherlegung dieses Platzes. Gleichzeitig ist der Unterhalt einer Mergelfläche eben nicht günstiger und zudem aufwändig, weil die Glassplitter häufig von Hand zusammengelesen werden müssen. Flaschen zerspringen auf einer Wiese weniger. Aktuell stehen zwei Carplätze zur Verfügung. Im Randbereich ist es unklar, wo der Parkplatz beginnt. Neu werden 3 Car-Parkplätze geschaffen. Es entsteht dadurch aber kein Verlust von nicht versiegelten Flächen. In der Schlussdiskussion wurde einstimmig festgehalten, dass die Sanierung notwendig ist. Die relativ hohen Kosten sind, im Verhältnis zur Aufwertung des Platzes und auch zur Grösse des ganzen Areals, vertretbar. Es wurde gewürdigt, dass das ganze Projekt sorgfältig ausgearbeitet und ökologische Aspekte berücksichtigt wurden. Die FGPK hat einstimmig den Beschluss gefasst, dem Einwohnerrat zu



beantragen, den Verpflichtungskredit von 2.15 Millionen Franken inkl. MwSt. gutzuheissen.

Jetzt vertrete ich noch das Votum der Grünen Fraktion. Die Grünen schätzen, nebst dem Erhalt des Baumbestandes, die schonende Beleuchtung und die Reduktion der Versiegelung. Wir wissen ja inzwischen, dass Baumbestände und entsiegelte Flächen bei der Regulierung der Hitze einfach wirksam und unglaublich wertvoll sind. Wenn man den Korridor beleuchten möchte, appellieren wir, die Dauer und die Intensität der Beleuchtung wirklich auf das für die Sicherheit maximal Notwendige zu reduzieren. Wenn auch ausserhalb der Festivitäten eine Beleuchtung erwünscht ist, sollte man eine sensorbasierte Lösung prüfen, damit die Lichtverschmutzung minimiert wird. Wir legen Wert darauf, dass die Sitzgelegenheiten attraktiv gestaltet werden und vor allem alle Bevölkerungsgruppen anspricht. Beim Brunnen sollte ebenfalls eine schöne, grosszügige Variante gesucht und dabei vor allem auch an die Kinder gedacht werden. Die Grüne Fraktion wird dem stadträtlichen Antrag zustimmen.

Christoph Waldmeier, Mitglied: Die Zentrumsfraktionen begrüssen die Sanierung des Maienzugplatzes. Auch wir sehen die hohen Kosten des Projekts. Wir haben aber Verständnis dafür. Uns ist wichtig, dass die schattenspendenden Bäume erhalten bleiben. Uns ist es auch wichtig, dass die Installationen für die Beleuchtung temporär und zurückhaltend bleiben und der Platz, wie beschrieben, nicht permanent ausgeleuchtet wird. Aus eigener Erfahrung weiss ich, dass sich Leute in der Regel nachts nicht oft auf dem Maienzugplatz, sondern vorzugsweise auf dem Schulhausplatz, aufhalten. Für uns ist auch wichtig, dass, wenn in der Schachenhalle der Pflasterliunterhalt abgeschlossen ist und eine umfassende Erneuerung in Angriff genommen wird, der Platz dann in dieser jetzt projektierten Form überleben wird. Sonst würden wir diese Ausgaben bedauern. Es ist uns auch ein Anliegen, dass man rechtzeitig vor der Bauphase mit den Schulen Kontakt aufnimmt, weil der Pausenplatz dort während dieser Zeit um einen grossen Teil eingeschränkt sein wird, denn die Schüler teilen sich jetzt schon eine relativ kleine Fläche. Wir hoffen, dass die Mehrheit im Rat unsere Meinung teilt. Wir freuen uns auf den neuen Platz und dass die schattenspendenden Bäumen so erhalten bleiben. Wer weiss, vielleicht wäre dies, aufgrund des Schattens der Bäume, sogar einmal eine Alternative am Maienzug.

Matthias Zinniker, Mitglied: Für die FDP ist unbestritten, dass der Maienzugplatz dringend saniert werden muss. Wir sehen hier ein grosses Potenzial für verschiedene Anlässe und Events und freuen uns, wenn, nebst dem Maienzug, dem Streetfood-Festival oder dem kürzlich durchgeführten Schwingfest, dort weitere Events stattfinden können. Ein grosser Teil dieses Potenzials machen auch die bestehenden Bäume aus, welche als Schattenspenden sehr wertvoll sind und erhalten bleiben sollen. Wir sind überzeugt, dass durch die Sanierung, welche zwar jetzt einen einmaligen grösseren finanziellen Effort darstellt, in Zukunft keine Probleme mehr im Zusammenhang mit dem Wurzelwachstum entstehen und sich der Unterhalt in einem verhältnismässigen Rahmen bewegt. In diesem Sinne wird die FDP dem Antrag des Stadtrates einstimmig zustimmen.

Susanne Knörr, Mitglied: Ich schliesse mich meinen Vorrednern an. Es ist klar, dass die Stolperfalle im Schachen beseitigt werden muss. Was man bis anhin lesen konnte, klingt gut. Logischerweise handelt es sich um ein sehr teures Projekt, was auch auf die vorhandenen Bäume zurückzuführen ist. Wir wollen aber keine zweite Schanz, wo alle Bäume entfernt wurden und man daher jahrelang auf Sonnenschirme zurückgreifen musste. Die SVP-Fraktion stimmt dem stadträtlichen Antrag einstimmig zu. Wir freuen uns, wenn sich der Platz wieder in einem ordentlichen Zustand befindet und ein Vorzeigeschild für die Stadt Aarau darstellt.



Irene Stutz, Mitglied: Wenn man sich auf dem Maienzugplatz befindet, ist es offensichtlich, dass dieser saniert werden muss. Die Platanen erobern sich ihre Fläche mit ihren Wurzeln zurück. Es handelt sich um einen 25-jährigen Flickenteppich. Das geplante und vorgeschlagene Projekt erachtet die SP-Fraktion als sinnvoll. Die bestehende Natur wird vorgefertigt gepflegt und Massnahmen für die private und kommerzielle Nutzung entsprechend geplant. Wir haben alle Dokumente und Unterlagen studiert und werden den Kreditantrag entsprechend bewilligen. Hinsichtlich der Aufenthaltsqualität wünschen wir uns, insbesondere hinsichtlich dem Mobiliar und dem Brunnen, dass der Schwerpunkt auf die Nutzung der Bevölkerung während des ganzen Jahres gelegt wird und die kommerzielle Nutzung eine sekundäre Rolle spielt. Ausserdem soll das im technischen Bericht erwähnte Schnittkonzept (um die Grösse, Höhe und Breite der Platanen langfristig zu kontrollieren) auch umgesetzt werden. Wir unterstützen die Idee von Christoph Waldmeier. Wir haben selbstverständlich auch darüber diskutiert, eventuell Bankette auf dem Maienzugplatz durchführen zu können. Ich würde es begrüssen, unter Bäumen, anstelle unter Sonnenschirmen, essen zu können.

Werner Schib, Vizestadtpräsident: Vielen Dank für die durchwegs positive Aufnahme dieses Geschäfts. Ich muss nicht viel näher darauf eingehen. Ich kann Ihnen jedoch versichern, dass es sich bei den vorgebrachten Anliegen, Aufenthaltsqualität, Mobiliar, Beleuchtung, auch um stadträtliche Anliegen handelt.

Christian Oehler, Präsident: Wenn keine weiteren Fragen bestehen, gelangen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 46 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat bewilligt den Verpflichtungskredit in Höhe von 2'150'000 Franken inkl. MwSt. für das Projekt "Sanierung Maienzugplatz" einschliesslich Elektrifizierung / Beleuchtung zu Lasten der Investitionsrechnung.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.



Traktandum 7

Postulat 3b Grüne, Grünliberale, SP, EVP; Kostenlose Jahresabonnement Carsharing

Christian Oehler, Präsident: Am 25. Juni 2021 haben die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte Petra Ohnsorg, Daniel Ballmer, Martina Niggli, Susanne Klaus Günthart und Thomas Waldmeier für die Grünen, Alexander Umbricht und Peter Jann für die GLP, Ursula Funk und Nicola Müller für die SP sowie die Fraktion EVP/EW das Postulat "Kostenlose Jahresabonnement Carsharing" eingereicht mit folgendem

Antrag

Der Stadtrat trifft mit dem Carsharing-Anbieter Mobility eine Vereinbarung, damit alle in Aarau angemeldeten Personen mit Fahrausweis Kategorie B kostenlos ein Jahresabonnement beziehen können und nur noch die gefahrenen Kilometer und die genutzten Stunden bezahlen müssen. Die Vereinbarung ist auf vier Jahre zu begrenzen, nach drei Jahren erstattet der Stadtrat Bericht zur Nutzung des Angebots.

Mit Botschaft vom 21. Februar 2022 nimmt der Stadtrat zum Postulat Stellung und stellt folgenden

Antrag

Das Postulat "Kostenlose Jahresabonnemente Carsharing" wird nicht überwiesen.

Lea Naon, Mitglied: Ich spreche einerseits für die Postulantinnen und Postulanten, sowie auch für die beiden Zentrumsfraktionen und für die Grüne Fraktion. Ein Auto mobil zu nennen ist eigentlich ironisch. Tatsächlich steht ein durchschnittliches privates Auto zu 96 Prozent der Zeit einfach nur herum und es ist alles andere als mobil. Das ist überhaupt nicht effizient und zusätzlich steckt auch noch sehr viel graue Energie in all diesen herumstehenden Autos. Der Effekt der nachhaltigen Wirkung des Mobility-Konzepts mit dem Zweck, ein Auto zu nutzen, anstelle zu besitzen, ist wissenschaftlich belegt. Ein Mobility Auto ersetzt durchschnittlich 11 private Autos. Carsharing funktioniert in den Städten besonders gut, denn dort ist die Kombination mit einem guten ÖV gegeben. Dadurch ist es einfacher, auf ein eigenes Auto zu verzichten. Trotzdem wagen sich in den Städten noch zu wenig Leute an Carsharing heran. Genau diese Hemmschwelle für Erstnutzerinnen und Erstnutzer könnte man mit einem kostenlosen Jahresabonnement für Aarauerinnen und Aarauer senken. Wir stimmen zwar dem Stadtrat zu, dass Mobilität jeweils stets mit Kosten verbunden ist. Wir teilen aber seine Bedenken nicht, dass durch ein kostenloses Jahresabonnement Fehlanreize entstehen könnten. Bei Mobility bezahlt man nämlich für die gefahrenen Kilometer, wie auch für die Dauer der Fahrzeugnutzung. Diese Kosten entstehen auch, wenn das Jahresabonnement, beziehungsweise die Mitgliedschaft, gratis sind. Viel kostentransparenter geht Mobilität eigentlich nicht. Zudem wäre das Angebot gemäss Postulat nur auf 4 Jahre begrenzt. Auch die finanziellen Auswirkungen für die Stadt wären wahrscheinlich sehr überschaubar. Der Stadt Zürich, zum Beispiel, kostet eine vergleichbare Kooperation mit Mobility, indem Bewohnerinnen und Bewohner der 9'200 städtischen Liegenschaften gratis ein solches Jahresabo einmal beziehen können, eine Pauschale von 12'000 Franken im Jahr. Wenn sich der Stadtrat ähnlich geschickt in den Verhandlungen zeigt, dann sollte eine vergleichbare Vereinbarung für die rund 12'000 Wohnungen, welche es in der Stadt Aarau gibt, möglich sein. Vielleicht wird dieses Angebot keine Erstautos von Aarauerinnen und Aarauern verhindern, aber möglicherweise könnten ein paar Anwohnerinnen und Anwohner aufgrund dieser Massnahmen zumindest auf ein Auto verzichten. Aus diesen Gründen bitten wir Sie, das Postulat zu überweisen. Die Mehrheit der Zentrumsfraktionen stimmt für eine Überweisung. Eine Minderheit unterstützt hingegen den



Lösungsvorschlag des Stadtrates und überweist das Postulat nicht. Und auch bei der Grünen Fraktion wird es unterschiedliche Stimmen zu diesem Postulat geben.

Laszlo Etesi, Mitglied: Heute Abend werden wir im Rat gerade mehrere Umweltvorstösse zum Thema Mobilität miteinander diskutieren und verabschieden. Unüblicherweise werde ich während meines Votums ein wenig vorgreifen und gleichzeitig ein paar Worte zum Vorstoss, Traktandum 8 "autofreier Sonntag in Aarau" verlieren. Laut dem Bundesamt für Statistik ist im Jahr 2020 rund ein Drittel der verbrauchten Energie in der Schweiz auf das Konto des Verkehrs gegangen, wobei fossile Brennstoffe aus Erdöl satte 90 Prozent ausmachen. Es gibt also Potenzial für eine weitaus ökologischere Mobilität. Wie es der Name schon sagt, will das Postulat allen Autofahrerinnen und Autofahrern von Aarau ein kostenloses Jahresabonnement für Mobility-Carsharing ermöglichen. Die SP-Fraktion hat das Postulat eingehend diskutiert. Ein Anstoss, Autobesitzerinnen und Besitzer dazu zu bewegen, auf ein Carsharing-Modell zu wechseln und gleichzeitig das eigene Auto vielleicht gerade aufzugeben, wäre natürlich erstrebenswert. Ein Postulat kann aber nicht so gezielt wirken. Wir können den Ausführungen des Stadtrates folgen und finden ebenfalls, dass der gewählte Ansatz mit den Gratisjahresabonnements Fehlanreize schaffen könnte. Wir werden das Postulat deshalb nicht überweisen. Die Abgabe von Gutscheinen hingegen finden wir gut und die Leute können dieses Angebot ausprobieren. Ähnlich erging es uns in der Diskussion um das Postulat zu den autofreien Sonntagen in Aarau. Wir unterstützen natürlich die Forderung nach weniger motorisiertem fossilem Individualverkehr. Wir finden die Idee von autofreien Sonntagen in Aarau grundsätzlich auch sehr spannend. Wie vom Stadtrat dargelegt, finden aber auch wir die Kosten/Nutzenbalance eines autofreien Sonntags ein bisschen schwierig und werden das Postulat nicht überweisen. Die SP steht zu den Kernpunkten der beiden Vorstösse, nämlich zu weniger motorisiertem fossilem Individualverkehr, hin, zu einer grundsätzlich ökologischeren Mobilität. Wir arbeiten deshalb an einem Vorstoss, welcher die Ansätze dieser beiden Postulate in einer anderen Form einbringt, und beispielsweise, an Stelle von Gratiscarsharing-Abonnements und autofreien Sonntagen, das Durchführen von Gratisbusfahrttagen oder weiterer ÖV-zentrischen Ideen fordern wird.

Silvano Ammann, Mitglied: Die FDP-Fraktion unterstützt das Postulat nicht. Zwar finden auch wir, dass Carsharing, oder noch vielmehr shared Mobility, eine interessante Lösung zur Vermeidung von zusätzlichem Verkehr und zunehmenden Platzproblemen sein kann. Bei solchen Vorstössen sollte man aber vermeiden, Fehlanreize zu setzen. Es soll eine ganzheitliche Lösung angestrebt werden, welche alle Arten von Mobilität einbezieht. Auch der Fokus auf nur einen Anbieter ist aus unserer Sicht stossend. Wir begrüßen die verschiedenen Initiativen, welche die Stadt in diesem Bereich bereits umgesetzt hat, wie zum Beispiel auch die Idee, Promocode abzugeben. Wir denken, dass dies ausreichend ist.

Simon Burger, Mitglied: Das Postulat ist auf den ersten Blick bestechend und das zitierte Projekt aus dem Kanton Zürich durchaus verblüffend. Die Bewohner von 9'200 Wohnungen erhalten ein Gratisjahresabonnement von Mobility und das kostet die Stadt gerade einmal 12'000 Franken. Supersache! Das wollen wir auch. Rechnen wir aber nach. In einer Wohnung leben statistisch gesehen im Schnitt 2.2 Personen. In diesen 9'200 Zürcher Wohnungen leben also 20'200 Personen. Unter diesen 20'200 Personen befinden sich natürlich auch Kinder und Personen, welche gar nicht autofahren wollen oder nicht können. Wenn wir also davon ausgehen, dass 1/3 kein Abo, also kein Mobility-Abo benötigt, verbleiben immer noch 13'500 Personen, welche das Gratisabo in Zürich beanspruchen. Ein Jahresabo kostet 129 Franken. 13'500 Abos, multipliziert mit 129 Franken, ergeben 1.7 Mio. Franken. Die Jahresabo im Wert von 1.7 Millionen erhält jetzt die Stadt Zürich zu einem sagenhaften Preis von 12'000 Franken, also 140 mal günstiger. Anders ausgedrückt: Mobility verlangt von Zürich, anstelle von 129 Franken für ein Jahresabo, nur Fr. 1.10, was einen



Rabatt von 99,3 Prozent ausmacht. Da fragt man sich, wie das funktionieren kann. Die NZZ geht davon aus, dass sich Mobility einen Werbeeffekt verspricht und den Tarif deshalb entsprechend tief ansetzt. Auf die Dauer wird Mobility dieses Angebot unmöglich beibehalten können. Es handelt sich um ein typisches Lockvogelangebot. Man schafft Abhängigkeiten und bindet die Stadt Zürich an das Unternehmen. Über kurz oder lang wird sich der Preis erhöhen. Wer soll das dann bezahlen? Vermutlich der Steuerzahler. Denn die Erfahrung zeigt, der Staat wird immer weiter ausgebaut. Ein Zurück gibt es in der Regel nicht. Machen wir die Rechnung für Aarau. Aarau hat 22'000 Einwohner. Ein Drittel sind Kinder oder Personen, die keinen Führerausweis haben. Somit verbleiben also 14'600 Personen, welche ein solches Jahresabo beziehen könnten. Ein Jahresabo kostet, wie erwähnt, 129 Franken. Total macht dies 1.9 Millionen Franken oder 3 Steuerprozent aus. Hinzu kommen Folgekosten, wie Parkplätze für das Carsharing. Im Postulat scheinen die Kosten nicht im Vordergrund zu stehen. Anstatt den Stadtrat zu bitten, Möglichkeiten abzuklären und dem Einwohnerrat wieder Bericht zu erstatten, wird ein kostenloses Carsharing gefordert. Koste es, was es wolle. Der SVP scheint die Strategie des Stadtrates zielführender. Man setzt auf verschiedene Anbieter und vor allem sucht man nach nachhaltigen Lösungen. Lockvogelangebote sind kurzfristig immer interessant, langfristig nicht selten teuer. Zudem setzt der Stadtrat auf eine Eigenverantwortung. Das scheint uns besonders wichtig. Es ist Mode geworden, dass alles gratis sein soll. Von den Damenbinden bis hin zum Mobility-Abo. Dabei vergisst man aber, dass nichts gratis ist. There is no free lunch. Alles kostet und irgendjemand muss am Ende des Tages bezahlen und das ist der Steuerzahler. Darum lehnt die SVP das Postulat ab.

Werner Schib, Vizestadtpräsident: Der Stadtrat vertritt klar die Meinung, die Leute zu Mobility und zum Carsharing generell zu ermuntern. Wir wollen, dass mehr Erstnutzer von Carsharing Gebrauch machen. Wir wollen im Rahmen unserer Kampagne auch Aktionen mit Promotionscode und Werbemassnahmen durchführen. Carsharing ist eine gute Sache. Aber es ist Tatsache, dass Mobility am Schluss auch zum motorisierten Individualverkehr zählt. Wir würden am Schluss, wenn das Postulat überwiesen würde, jeder Einwohnerin und jedem Einwohner ein solches Mobility Abo schenken. Das wäre ein Giesskannenprinzip und letztlich auch eine Förderung des mobilisierten Individualverkehrs, was der Stadtrat keinesfalls als zielfördernd erachtet.

Christian Oehler, Präsident: Wir gelangen zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 8 Ja-Stimmen gegen 31 Nein-Stimmen bei 7 Enthaltungen folgenden

Beschluss

Das Postulat "Kostenlose Jahresabonnement Carsharing" wird nicht überwiesen

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.



Traktandum 8

Postulat 3c Grüne, Grünliberale, SP, EVP, Pro Aarau; Citylogistik in und für Aarau

Christian Oehler, Präsident: Am 25. Juni 2021 haben die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte Petra Ohnsorg (Grüne), Daniel Ballmer (Grüne), Martina Niggli (Grüne), Susanne Klaus Günthart (Grüne), Thomas Waldmeier (Grüne), Alexander Umbricht (GLP), Peter Jann (GLP), Ursula Funk (SP) und Nicola Müller (SP) das Postulat "Citylogistik in und für Aarau" eingereicht mit folgendem

Antrag

Der Stadtrat erstellt eine Analyse zuhanden des Einwohnerrates, um die umwelt- und verkehrstechnischen Potenziale einer intelligenten Citylogistik in der Stadt Aarau abzuklären. In der Analyse ist eine mögliche Kooperation mit der Cargo sous terrain AG zu prüfen. Zu untersuchen ist zudem die Möglichkeit einer oberirdischen Anbindung ans Gesamtsystem, um die Vorteile des geplanten unterirdischen Transports auch für Aarau nutzen zu können.

Mit Botschaft vom 21. Februar 2022 nimmt der Stadtrat zum Postulat schriftlich Stellung und stellt folgenden

Antrag

Das Postulat "Citylogistik in und für Aarau" wird nicht überwiesen.

Patrik Dober, Mitglied: Die Postulantinnen und Postulanten sowie die Mitglieder der Zentrumsfraktionen bedanken sich beim Stadtrat für die Botschaft zum Postulat City-Logistik in und für Aarau. Der Stadtrat scheint den Bedarf eines City-Logistikkonzepts grundsätzlich erkannt zu haben und es sind auch bereits erste Massnahmen in diese Richtung aufgegleist worden, so zum Beispiel im Rahmen des Monamo-Vorhabens, welches sich mit der Errichtung von Quartierstationen beschäftigt. Der Stadtrat ist der Meinung, dass die erforderlichen Abklärungen für eine erfolgreiche Umsetzung eines Logistikkonzepts in der City nicht auf kommunaler Ebene, sondern vor allem auch regional und in Absprache mit dem Kanton stattfinden sollen. Abklärungen auf städtischer Ebene seien nicht zielführend. Diese Ansicht teilen wir nicht. Einerseits treten lärm- und umwelttechnische Belastungen bei der Feinverteilung von Gütern jeweils vor allem in den Städten auf und das ist in unserer Region nun einmal die Stadt Aarau. Andererseits werden für eine effiziente City-Logistik immer auch möglichst zentrumsnahe Logistikflächen benötigt. Die Sicherung dieser Flächen liegt allein im Einflussbereich der Stadt Aarau. Es mag ein sinnvoller Ansatz sein, die Inbetriebnahme der geplanten Logistik von Cargo sous terrain in Suhr und auch in Schafisheim abzuwarten und, darauf basierend, ein oberirdisches Feinverteilungsnetzwerk bis in das Stadtzentrum von Aarau zu realisieren. Ich möchte an dieser Stelle aber darauf hinweisen, dass die Stadt Aarau schon heute an eine sehr gute Infrastruktur angebunden ist, welche zwischenzeitlich eine schnellere Umsetzung einer City-Logistik ermöglichen würde. Dabei verweise ich gerne auf die aktuell noch zur Verfügung stehenden Flächen rund um das Gebiet der Rohrerstrasse/Torfeld Nord, welche zusätzlich auch über einen Gleisanschluss verfügen. Damit diese Flächen auch zukünftig entsprechend genutzt werden können, braucht es schon heute ein aktives Commitment des Stadtrates in diese Richtung. Cargo sous terrain sieht sich ja auch selbst als Ergänzung zu bereits bestehenden Logistikinfrastrukturen. Die immer grössere Relevanz der Kreislaufwirtschaft wird auch in Aarau dazu führen, dass zentrumsnahe Umschlags- und auch Lagerflächen notwendig werden. Es gilt dabei auch immer, die sogenannte Last Mile, also die Distanz des Hub zu den entsprechenden Güterabnehmern, so kurz wie möglich zu halten. Ein Blick auf



Zürich, Basel oder insbesondere auch nach Genf zeigt, dass zentrumsnahe Logistikflächen in der Vergangenheit leider viel zu oft durch Büro und auch durch Wohnbauten verdrängt worden sind. Diese Entwicklungen sind unumkehrbar und rächen sich heute bei der Umsetzung von Citylogistikkonzepten in den Städten. Wir erachten es deshalb nach wie vor als sehr sinnvoll, dass der Stadtrat in einem ersten Schritt das Potenzial einer intelligenten, umweltfreundlichen und ressourcenschonenden City-Logistik in Aarau selber evaluiert. Ausserdem liegt die Zuständigkeit für die Umsetzung und die Erarbeitung des Citylogistikkonzepts, gemäss Massnahmenplan im Gesamtverkehrs-konzept, ebenfalls bei der Stadt Aarau. Aus diesen Gründen, und weil die Citylogistik vor allem die City betrifft, bitten wir Sie, der Überweisung dieses Postulats zuzustimmen.

Silvano Ammann, Mitglied: Das Postulat wirkt auf den ersten Blick ein wenig zusammengewürfelt. Es werden 2 Schlagwörter miteinander verknüpft, welche man getrennt betrachten sollte. City-Logistik oder Urbanlogistik ist ein interessantes Konzept, bei welchem, vereinfacht gesagt, Warenströme an einen zentralen, stadtnahen Ort hingeführt und dann von dort aus weiterverteilt werden. Der Ansatz sieht vor, dass die Verteilzentralen gemeinschaftlich genutzt werden und nicht jeder Logistiker seine eigene Plattform hat. Eine Studie der Städtekonferenz Mobilität geht davon aus, dass nach dem öffentlichen Personenverkehr in Zukunft auch die urbane Logistik stärker in den Fokus der Städte rücken wird. Die Handlungsfelder dieser Studie können dabei auch für Aarau interessant sein. Es wird zum Beispiel empfohlen, eine Faktenbasis zu erarbeiten und noch nicht vorhandene Zahlen zu beschaffen, ein Konzept, beziehungsweise eine Strategie zu entwickeln, wie man in Zukunft als Stadt mit dieser Thematik umgehen möchte und Flächen zu analysieren, auf welchen solche Hubs platziert werden können. Wie der Stadtrat in seiner Botschaft korrekt schreibt, werden solche Überlegungen bereits gemacht. Zum Beispiel in der Phase 2 des Gesamtverkehrskonzepts Region Aarau. Auch die Smartcity-Strategie der Stadt Aarau sieht etwas ähnliches vor. Aus unserer Sicht würde aber eine spezifische Analyse zu dieser Thematik, und vor allem die Ausarbeitung einer Strategie, Sinn machen. Wenn man bereits bestehende Erkenntnisse verwenden kann und nicht alles neu erfinden muss, ist das umso besser. Raumplanung ist eine öffentliche Aufgabe. Der Fokus bei dieser Analyse sollte dann auch auf die Rahmenbedingungen gelegt werden, welche die Stadt bieten kann und nicht auf die Umsetzung. Cargo sous terrain ist andererseits ein System, welches unterirdische Standorte miteinander verbindet und mit selbstfahrenden Fahrzeugen Waren befördert. Ich habe mich etwas umgehört und, je nachdem, welchen Branchenkenner man fragt, sieht man die Realisation des Projekts zwischen utopisch und sehr realistisch. Ich selbst kann dies nicht beurteilen. Sollte das Projekt wirklich bis 2031 realisiert werden und zum Beispiel in Suhr oder Schafisheim ein solcher Hub entstehen, macht es sicher Sinn, das Projekt genauer anzuschauen und in die Analyse einfließen zu lassen. Aus diesen Gründen unterstützen wir das Postulat und sind sicher, dass die Stadt auch bestehende Bestrebungen für eine solche Analyse verwenden kann, um den Aufwand in Grenzen zu halten.

Simon Burger, Mitglied: Die Überlegungen des Stadtrats zu diesem Geschäft sind für die SVP gut nachvollziehbar und wir unterstützen das Postulat dementsprechend auch nicht.

Werner Schib, Vizestadtpräsident: Citylogistik oder urbane Logistik ist ein Thema, um welches sich der Stadtrat kümmert und welches auch die stadträtliche Politik und die Verwaltung beschäftigt. Das Postulat ist aber zu eng. Es bezieht sich nur auf die Stadt und verlangt eine Analyse. Seitens Stadtrat wurden bereits Projekte angerissen und eingegeben. Als Beispiel kann das Monamo-Vorhaben genannt werden, womit man Quartierstationen realisieren möchte. Das Quartierstationen-Projekt ist mit dem Bundesamt für Energie abgesprochen. Dieses wird wissenschaftlich begleitet. Daraus entstehen anschliessend Analysenberichte, aus welchen ersichtlich ist, ob ein Bedürfnis für solche



Quartierstationen besteht und wie man die City-Logistik gestalten könnte. Diese Arbeit erfolgt in den laufenden Projekten. Dafür braucht es keine Analyse, welche nur auf die Stadt fokussiert ist. In diesem Sinne ersuche ich Sie, auch im Namen des Stadtrates, das Postulat nicht zu überweisen.

Christian Oehler, Präsident: Wir gelangen zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 38 Ja-Stimmen gegen 7 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung folgenden

Beschluss

Das Postulat "Citylogistik in und für Aarau" wird überwiesen.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.



Traktandum 9

Postulat 3d Grüne, Grünliberale, SP, EVP, Pro Aarau; Förderung Veloverkehr

Christian Oehler, Präsident: Am 25. Juni 2021 haben die Einwohnerräte Petra Ohnsorg, Daniel Ballmer, Martina Niggli, Susanne Klaus Günthart und Thomas Waldmeier für die Grünen, Alexander Umbricht und Peter Jann für die GLP, Ursula Funk und Nicola Müller für die SP sowie die Fraktionen von EVP/EW und Pro Aarau das Postulat "Förderung Veloverkehr" eingereicht mit folgendem

Antrag

Der Stadtrat setzt sich, wo immer möglich, für eine konsequente Trennung der Verkehrsflächen von Fuss- und Veloverkehr ein. Wo dies nicht möglich ist, prüft der Stadtrat, ob eine gemeinsame Verkehrsfläche Fuss- und Veloverkehr möglich ist. Sind die Voraussetzungen gemäss Broschüre erfüllt, so organisiert und gestaltet er gemeinsame Flächen in innerörtlichen Situationen. In dritter Priorität sorgt der Stadtrat dafür, dass Fahrverbote für Fahrräder gezielt auf einzelnen Strassen und Wegen im Zuständigkeitsbereich der Stadt zwecks "Legalisierung" des bereits jetzt auf diesen Verkehrsflächen teilweise intensiv stattfindenden Zweiradverkehrs aufgehoben werden. Für dasselbe Anliegen setzt er sich im Rahmen seiner Möglichkeiten auf nicht öffentlichem Grund ein, beispielsweise in der Telli".

Mit Botschaft vom 21. Februar 2022 nimmt der Stadtrat zu diesem Postulat schriftlich Stellung mit folgendem

Antrag

Das Postulat "Förderung Veloverkehr" wird überwiesen.

Esther Belser Gisi, Mitglied: Aarau 3.7 Punkte, Burgdorf 4.7 Punkte. Das sind Zahlen aus dem heute veröffentlichten Bericht von Prix Velo. Es sind Zahlen, welche die Velo-Attraktivität und die Sicherheit der Städte, in diesem Fall der kleinen Städte, präsentieren. Die Stadt Aarau befindet sich im hintersten Drittel. Immerhin noch vor Olten. Am schlechtesten sind in Aarau die Bereiche Komfort und Sicherheit bewertet worden. Wer in der Stadt Aarau Velo fährt, konnte feststellen, dass es in den letzten Jahren ein paar Verbesserungen gegeben hat. Zum Beispiel der Veloweg nach Rohr über das Torfeld Nord, eine Knacknuss. Es hat neue Veloparkings gegeben. Es gab Bevorzugungen beim Rechtsabbiegen oder Aufhebungen von Fahrverboten. Trotzdem, verglichen mit anderen Städten, ist das Velofahrer in Aarau immer noch an vielen Stellen viel zu gefährlich, weil das Velo schlichtweg zu wenig Platz hat oder Verkehrsknoten nur für den motorisierten Verkehr geplant worden sind. Fuss und Veloverkehrsflächen sollen möglichst konsequent voneinander getrennt werden. In dieser Hinsicht ist der Stadtrat mit uns Motionären einig. Ebenso wichtig ist es aber auch, dass eingezeichnete Velostreifen breit genug sind. Dort, wo der Autoverkehr oder sogar Schwerverkehr sehr dicht ist, wie zum Beispiel auf der Telli-Strasse und auf der Rohrerstrasse, ist es schlicht zu gefährlich, wenn Velos und Autos oder sogar Lastwagen auf dem gleichen Trasse fahren. Es wäre sehr zu begrüssen, wenn auch da, wie in anderen grossen Städten, die Velospur auf das Fussgängerniveau angehoben werden könnte. Wenn ich dann auch noch an die aktuellen Velowege für Schüler oder sogar schon an das Oberstufenzentrum in der Telli denke, spüre ich, dass noch viel zu tun ist. Das vom Stadtrat angesprochene Velokonzept 2019 benötigt schon bald ein dringendes Update. Wer in der Stadt Aarau Velo fährt, schont die Umwelt, vermindert den Lärm, spart kostbaren Platz auf Strassen und Parkings, verbessert also indirekt die Lebensqualität von allen in der Stadt. Dafür sollte man auch etwas in Form von Komfort und sicheren



und schnelleren Wegen zurückbekommen. Wir finden, es gibt noch viel zu tun, packen wir es an, ganz nach dem Motto: Mehr ist mehr, zum Vorteil von allen. Wir unterstützen die Überweisung dieses Postulats.

Urs Winzenried, Mitglied: Die Postulanten fordern nach Möglichkeit eine konsequente Trennung der Verkehrsfläche Velo und Fussgänger. Dort, wo eine solche nicht möglich ist, wird die Gestaltung von gemeinsamen, guten, grosszügigen Flächen und zusätzlich die Aufhebung von einzelnen bestehenden Velofahrverboten verlangt. Das Ziel der Postulanten ist die Förderung des Veloverkehrs und Entflechtung Velo Fussgänger. Die Stossrichtung der Postulanten ist nachvollziehbar und grundsätzlich auch sinnvoll. Die Postulantinnen und Postulanten rennen beim Stadtrat sichtlich offene Türen ein. Wie erwähnt geht das Velokonzept genau in die richtige Richtung. Auch die SVP-Fraktion steht dem Anliegen grundsätzlich positiv gegenüber und wünscht sich für die Velofahrer auch eine gute Infrastruktur, übersichtliche Knoten, einen guten Verkehrsfluss, signalisierte Routen und auch genügend Veloparking. Die SVP anerkennt die Vorteile von getrennten Fuss- und Velowegen oder, je nach Möglichkeit, breiteren Velowegen. Das Label Velostadt darf aber nicht dazu führen, dass die Verkehrsflächen immer einseitig, zugunsten der Velofahrer, ausgebaut werden und der motorisierte Verkehr benachteiligt und bald aus der Stadt verbannt wird. Auch in Zukunft muss ein vernünftiges Nebeneinander von motorisiertem Verkehr, Veloverkehr und Fussgängern möglich sein. Die meisten von uns sind Velofahrer, Autofahrer und Fussgänger und je nachdem, in welcher Lage man sich befindet oder ob man eben zu Fuss unterwegs ist, hat man einen anderen Blickwinkel. Gerade bei baulichen Massnahmen muss man selbstverständlich auch die Kosten und den Nutzen kritisch hinterfragen. Will man Geld für Luxuslösungen ausgeben oder nur für Notwendiges? Auch inskünftig werden wir nur beschränkte Verkehrsflächen zur Verfügung haben und eine gegenseitige Rücksichtnahme aller Beteiligten ist notwendig. Die Aufhebung von einzelnen, im Moment bestehenden Velo-Fahrverboten, scheint uns sinnvoll und prüfenswert. Ich denke dabei an die Telli. Wenn man in den Staumauern wohnt, kann man eigentlich nur noch zu Fuss in die Telli. Überall hat es Fahrverbote. Es stellt sich deshalb die Frage, ob man die Möglichkeit schaffen sollte, wieder in die Telli fahren zu können. Die SVP stimmt der Überweisung des Postulats gemäss dem Antrag des Stadtrates einstimmig zu.

Brigitte Vogt-Wehrli, Mitglied: Der Stadtrat hat die Forderung der Trennung dieser Verkehrsflächen Velo/Fussgänger erfreulicherweise im Velokonzept aufgenommen. Wir haben uns daher gefragt, wozu dieses Postulat notwendig ist. Wir von der FDP-Fraktion sind auch mit dem Velo unterwegs. Wir kennen die Problematik dieser verschiedenen Kreuzungen, bei welchen sich Velo und Fussgänger in die Quere kommen. Bestimmt hat jeder von uns bereits eine heikle Situation erlebt, mit oder ohne Sturzfolge. Die FDP-Fraktion anerkennt die Notwendigkeit, Velo- und Fussgängerwege, soweit möglich, konsequent zu trennen. Deshalb stehen wir grundsätzlich noch immer hinter diesen Bestrebungen, eine hochwertige Veloinfrastruktur zu schaffen. Die umschriebenen Forderungen zur Trennung sind, wie erwähnt, im Handlungsfeld "hochwertige Infrastruktur" im Velokonzept eingeplant, sowie genügend und sichere Parkplätze, was ebenso wichtig ist. Es wäre auch unser Anliegen gewesen, für die stark belastete Altstadt kurzfristiger, als im Velokonzept vorgesehen, eine Verbesserung anzustreben. Aber der Stadtrat hat es negiert. Die Forderung nach einer breiten Aufhebung von bestehenden Fahrverboten hat bei uns aber zu Diskussionen geführt. Die FDP-Fraktion hat sich in der Mobilitätsfrage immer klar für ein Miteinander und nicht ein Gegeneinander der Verkehrsteilnehmer ausgesprochen. Darum können wir, trotz Willen zur gelebten Velo-Kultur, die Legalisierung von illegal befahrenen Verkehrswegen nicht einfach locker und uneingeschränkt unterstützen. Wir verlangen diesbezüglich eine praktikable und gerechte und nicht eine ideologische Prüfung von Massnahmen. Massnahmen zur Förderung der gegenseitigen Rücksichtnahme stehen für uns klar im Vordergrund, denn nur damit würden wir in Aarau den Ruf einer Velostadt mit gelebter Velo-Kultur verdienen.



Werner Schib, Vizestadtpräsident: Auch mir ist aufgefallen, dass wir bei dieser pro Velo-Umfrage schlecht abgeschnitten haben. Ich verstehe das nicht, will aber einfach daran erinnern, dass die Stadt Aarau schon im Jahr 2020 die goldene Schuhbürste für vorbildliche Fussverkehrsinfrastruktur erhalten hat, was ich auch damals nicht ganz verstanden habe. Es ist oftmals unklar, was zu diesen Auszeichnungen führt. Klar ist aber, dass es in den letzten Jahren Verbesserungen gegeben hat, zum Beispiel Torfeld Nord. Fest steht auch, dass noch einiges umgesetzt werden muss. Deshalb soll das Postulat überwiesen werden.

Christian Oehler, Präsident: Wir gelangen zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 46 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

Beschluss

Das Postulat "Förderung Veloverkehr" wird überwiesen.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.



Traktandum 10

Postulat 3e Grüne, Grünliberale, SP, EVP; Autofreie Sonntage in Aarau

Christian Oehler, Präsident: Am 30. Juni 2021 haben die Einwohnerräte Petra Ohnsorg, Daniel Ballmer, Martina Niggli, Susanne Klaus Günthart, Thomas Waldmeier (für die Grünen), Peter Jann, Alexander Umbricht (für die GLP) sowie Ursula Funk und Nicola Müller (für die SP) das Postulat "Autofreie Sonntage in Aarau" eingereicht mit folgendem

Antrag

Der Stadtrat wird aufgefordert, jährlich mindestens einen autofreien Tag, zumindest in einem grösseren Perimeter der Stadt, einzuführen.

Mit Botschaft vom 21. Februar 2022 nimmt der Stadtrat zum Postulat Stellung und stellt folgenden

Antrag

Das Postulat "Autofreie Sonntage in Aarau" wird nicht überwiesen.

Cornelia Tschopp Depta, Mitglied: Mit dem Postulat "Autofreie Sonntage" wird der Stadtrat aufgefordert, mindestens einen autofreien Tag pro Jahr durchzuführen. Der Stadtrat stellt den Antrag, das Postulat nicht zu überweisen. Im Namen der Postulanten und auch der Fraktionsgemeinschaft GLP, Mitte, EVP und pro Aarau würdigen wir die zahlreichen Bestrebungen des Stadtrates, auf Klima, Mobilität und Ökologie aufmerksam zu machen, wie zum Beispiel auch in den Projekten Spielstrasse und Weitsicht. In diesem Zusammenhang schlagen wir also weitere innovative Aktivitäten, auch die Teilnahme der Stadt am Slowup-Event, vor. Aber jetzt zurück zum Postulat. Zugegeben, der Beitrag des autofreien Sonntags an der Klimabilanz mag bescheiden ausfallen, aber vielmehr geht es doch auch um die Förderung des Umweltgedankens und die Sensibilisierung der Bevölkerung. An einem Tag pro Jahr soll auf nicht motorisierte Fortbewegung umgestiegen und die Stadt auf diese Art und Weise erlebt werden. Gerne erinnere ich mich zurück an die Zeit, als wir mit der Familie noch in Bern wohnten. Die autofreien Sonntage waren dort ein Highlight für die ganze Bevölkerung. Es war ein Tag der Begegnung und man konnte die Stadt auf nicht alltäglichen Fortbewegungsmitteln neu entdecken. Solche autofreien Sonntage haben doch Symbolkraft, weit über die tatsächlichen Effekte hinaus. Darauf kommt es doch an. Es geht darum, ein politisches Zeichen zu setzen, auch für die Zukunft. Man soll lernen zu verzichten, innezuhalten und über Alternativen nicht nur nachzudenken, sondern solche auch umzusetzen. Wir Politikerinnen und Politiker wollen die Bevölkerung mobilisieren und aufzeigen, dass es auch Alternativen zum Status Quo gibt. Darum kann ein solcher Tag viel wirksamer sein, als ein Aufrechnen von Aufwand und Ertrag. Die Symbolkraft darf nicht unterschätzt werden und die Durchführung eines solch autofreien Sonntags in der progressiven Stadt Aarau hat doch Leuchtkraft weit hinaus. In der Botschaft erwähnt der Stadtrat rechtliche Vorbehalte, beispielsweise hinsichtlich der Blaulichtkorridore oder der Handlungshoheit des Kantons, wenn es zum Beispiel darum geht, die Bahnhofstrasse zu sperren. Es handelt sich heute aber um ein Postulat und es besteht Umsetzungsspielraum. Eine pragmatische und realistische Umsetzung ist Voraussetzung. Es ist auch explizit im Postulat erwähnt, dass, wenn der autofreie Sonntag nicht in der ganzen Stadt durchgeführt werden kann, dieser dann zumindest in einem grösseren Perimeter erfolgen soll. Wir sind zuversichtlich, dass der Stadtrat die Hürde schaffen wird, wie das auch in anderen Städten gelungen ist, beispielsweise in Bern, Basel, Andermatt oder auch im Klöntal. Die Fraktionsgemeinschaft unterstützt gut zur Hälfte die Überweisung des Postulats.



Urs Winzenried, Mitglied: Die Postulanten fordern mindestens einen autofreien Tag in Aarau mit mindestens einem grösseren Perimeter. Die Reduktion der Schadstoffe in der Stadt ist das Ziel. Dieses Ziel ist an und für sich lobenswert. Das sehen wir sicher alle auch so, aber die Umsetzung ist schwierig und wenig tauglich. Das Bild des zahnlosen Tigers ist hier vielleicht nicht ganz fehl am Platz. Ein Tag ist praktisch wirkungslos und wenn es mehrere Tage wären, dann ist dies in der heutigen Zeit einfach nicht praktikabel. Welchen Tag oder welche Tage würde man wählen? Am Sonntag hätte man keinen Berufsverkehr, hingegen wären aber all diejenigen betroffen, welche gerne am Sonntag mit ihrer Familie eine Ausfahrt machen. Diese könnten dann gar nicht mehr aus Aarau hinausfahren und müssten in Aarau bleiben. An Werktagen wäre es wegen der Verkehrsdichte kaum praktikabel. Sollte das Verbot 24 Stunden dauern oder nur ein Tag und in der Nacht könnte man fahren? Diese Frage ist offen. Wie gross ist der Perimeter? Betrifft es nur die Innenstadt und in den Aussenquartieren kann herumgefahren werden? Ich also könnte aus der Telli noch irgendwohin fahren, aber wenn ich im Zelgli wohnen würde, dann wäre dies nicht möglich. Das ist eine sehr schwierige Frage und würde wahrscheinlich auch zu Streit führen. Zahlreiche Ausnahmen wären notwendig. Das hat der Stadtrat ja auch in der Botschaft erwähnt. Nicht nur für ÖV und Blaulicht, sondern auch für den Berufsverkehr und andere Personen, welche auf das Auto angewiesen sind. Wären dann die Elektrofahrzeuge auch betroffen? Diese verursachen ja keine Schadstoffe. Die Probleme der Verkehrssicherheit wurden angesprochen. Der Verkehr würde ja nicht völlig fehlen. Alles müsste kontrolliert werden und würde wieder Kosten und Personal fordern. Die wirtschaftliche Einbusse eines solch verkehrsfreien Tages ist schwierig einzuschätzen, aber ganz sicher wäre sie vorhanden. Ob die Gastronomie in Aarau daran Freude hätte, ist fraglich. Die Aarauer würden vielleicht dann in Aarau in die Beiz, aber alle Auswärtigen könnten dann nicht mehr mit dem Auto nach Aarau kommen. Aarau wäre eine verkehrsfreie Insel. Aufwand und Ertrag stehen in keinem Verhältnis. Ein Zeichen zu setzen ist zwar gut, aber nicht unter Zwang. Die SVP anerkennt die guten Absichten und glaubt, dass man nicht mit Zwang sondern mit Sensibilisierung versuchen sollte, weiter zu kommen. Die Postulanten sollen sich für einen freiwilligen Verzicht einsetzen, indem man den Leuten schmackhaft macht, freiwillig auf das Auto zu verzichten. Damit würde mit grösster Wahrscheinlichkeit mehr erreicht. Ich reagiere auf Zwang immer eher abweisend. Die SVP folgt dem Stadtrat und lehnt das Postulat einstimmig ab.

Brigitte Vogt-Wehrli, Mitglied: Die Aktionen für autofreie Sonntage sind von den Grünen und den jungen Grünen landesweit angelaufen. Das konnte man kürzlich der SRF-Berichterstattung entnehmen. Ein Revival der autofreien Sonntage, wie im Jahr 1973. Jede und jeder von euch, welcher diese Aktion im Jahr 1973 mitbekam, hat bestimmt gewisse persönliche Erinnerungen daran. Die Ausgangslage ist nicht ganz die gleiche, auch wenn der traurige Ukraine-Krieg im Moment eine Einschränkung von Öllieferungen bringt. Die Zielsetzung ist heute vielmehr eine Reduktion des CO₂-Ausstosses und vor allem eine Sensibilisierung zur Erreichung der Klimaziele. Dass ein autofreier Sonntag auf dem Stadtgebiet von Aarau nicht grossartig zur Verminderung von CO₂-Ausstoss beitragen wird, ist auch den Postulanten klar. Es geht auch ihnen viel mehr um Sensibilisierung und anscheinend um freierwerdende Flächen für fröhliche Bespielungen. Sensibilisierung ist auch uns wichtig und fröhliche Menschen auf der Strasse ebenso. Nur, wir sind nicht der Meinung, dass es dazu autofreie Sonntage braucht. Wir stimmen diesbezüglich viel mehr mit dem Stadtrat überein, dass das Sensibilisierungspotenzial, welches ein autofreier Sonntag hätte, bereits mit den vorgesehenen und angelaufenen Massnahmen, wie zum Beispiel den Spielstrassen in den Quartieren, erreicht wird. Solche Anlässe werden bereits mehrmals jährlich durchgeführt und MONAMO bekanntlich noch ausgebaut. Weiter scheint die Stadt unter dem Label "Weitsicht" zudem ausgedehnte Sensibilisierungskampagnen vorzusehen. Wir werden deshalb die Überweisung dieses Postulats einstimmig ablehnen. Wir stossen uns vor allem daran, dass jetzt schon wieder bereits neue, noch weitergehende Forderungen gestellt werden, ohne zuerst einmal die Wirkung der beschlossenen und zum Teil



bereits angelaufenen Massnahmen abzuwarten. Die Umsetzung der geforderten Perimeter-Schliessungen scheint auch nicht wirklich realistisch und verursacht nur unnötige Zusatzkosten. Damit das Vorhaben überhaupt konsequent umgesetzt werden kann, müssten auch die Kantonsstrassen geschlossen werden, was in der heutigen Rechtslage nicht möglich ist. Ein bestehendes Bundesgerichtsurteil untersagt sowieso die Schliessung von grossen Perimetern. Es stellt sich die Frage, nach welchen Kriterien das jeweilige Quartier ausgewählt wird, welches sich dann über fröhliche Sonntage freuen kann. Wohin weicht dann der Durchgangsverkehr aus? Durch das Nachbarquartier oder durch die Nachbargemeinde? Des einen Freud, des anderen Leid! Das kann es nicht sein. Mit dem Engagement nachbarschaftlichen Zusammentuns, etwas Kreativität und gegenseitiger Rücksichtnahme lassen sich nämlich fröhliche Sonntagstreffen in vielen Quartierstrassen auch verwirklichen, ohne dass dafür alles geschlossen werden muss. Das zeigen meine eigenen Erfahrungen, nicht nur in unserem Quartier. Und wenn die Nachbarn aus weniger geeigneten Quartierstrassen dann auch noch dazu eingeladen werden, entstehen auch die gewünschten Begegnungen und mit Sicherheit ein Austausch über die positiven Folgen des Autoverzichts. Warum deshalb so viel Aufwand?

Werner Schib, Vizestadtpräsident: Wir haben in der Botschaft erwähnt, wie wichtig es ist, die Bevölkerung für die Nachhaltigkeitsthemen und für andere Verkehrsmodelle zu sensibilisieren. Deshalb sind solche Spielstrassenaktionen vor Ort so wichtig. Die Postulatinnen und Postulanten wollen aber rechtlich verfügte autofreie Sonntage. Dies ist mit einem hohen Aufwand für die Verwaltung verbunden. Es werden hohe Kosten generiert. Am Schluss ist es vor allem Verkehrsjuristenfutter und bringt dem Anliegen nicht wirklich viel. Deshalb beantragt der Stadtrat die Nichtüberweisung dieses Postulats.

Christian Oehler, Präsident: Wir gelangen zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 12 Ja-Stimmen gegen 28 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen folgenden

Beschluss

Das Postulat "Autofreie Sonntage in Aarau" wird nicht überwiesen

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem fakultativen Referendum.



Traktandum 11

Postulat Grüne, SP, EVP, FDP, GLP, Pro Aarau; Tempo 30 auf dem gesamten Strassennetz Aaraus

Christian Oehler, Präsident: Am 5. Juli 2021 haben die Wohnerrätinnen und Wohnerräte Martina Niggli (Grüne), Ursula Funk (SP), Beatrice Klaus (SP), Christoph Waldmeier (EVP), Christian Oehler (FDP), Peter Jann (GLP), Esther Belser (Pro Aarau) das Postulat "Tempo 30 auf dem gesamten Strassennetz Aarau" eingereicht mit folgenden

Anträgen

- 1. Auf allen städtischen Strassen Aaraus wird Tempo 30 eingeführt. Die Stadt setzt sich auch beim Kanton dafür ein, dass auf dessen Strassen im Stadtgebiet Tempo 30 eingeführt wird. Für den öffentlichen Verkehr sollen Massnahmen und Fristen erarbeitet werden, um die Abstimmung mit den Fahrplänen zu koordinieren.*
- 2. Sollte Antrag 1 nicht schnell umgesetzt werden können, soll das Tempo 30 Regime nachts eingeführt werden. Lehnt der Kanton Tempo 30 auf Kantonsstrassen ab, soll Tempo 30 nachts auch auf den Kantonsstrassen schnellstmöglich umgesetzt werden. Für den öffentlichen Verkehr sind sinngemäss Antrag 1 Lösungen zu planen und zu realisieren.*

Mit Botschaft vom 21. Februar 2021 nimmt der Stadtrat zu diesem Postulat schriftlich Stellung mit folgendem

Antrag

Das Postulat "Tempo 30 auf dem gesamten Strassennetz Aarau" wird nicht überwiesen.

Martina Niggli, Mitglied: Zuerst möchte ich mich für die Beantwortung dieses Postulats bedanken, auch wenn die Antwort nicht so ausgefallen ist, wie ich das erhofft habe. Die Vorteile von Tempo 30 bezüglich Lärmreduktion, Sicherheit auf den Strassen, sowie Schadstoffemissionen sind im Postulat beschrieben. Diese werde ich jetzt nicht mehr aufgreifen. Ich möchte eher auf die Antwort des Stadtrates eingehen. Im Antrag 2 haben wir auf die nächtliche Einführung von Tempo 30 referenziert. Ich kritisiere, dass diese Thematik in der Antwort leider komplett ignoriert wird. Gerne hätte ich dazu eine Abwägung, beziehungsweise eine Stellungnahme gelesen. Inhaltlich gibt es zwei Punkte, welche ich gerne detaillierter kommentieren möchte. Als erstes Argument gegen die flächendeckende Einführung von Tempo 30 wird die juristische Anfechtbarkeit genannt. Diese Tatsache ist sicher gegeben, aber ein Blick über den Tellerrand würde Hilfestellung bieten. In Zürich, notabene eine Stadt, welche flächenmässig siebenmal grösser ist als Aarau, wird flächendeckend Tempo 30 eingeführt. Doch was bedeutet das konkret? Es werden einzelne Strassenabschnitte separat angeschaut und die Einführung von Tempo 30 jeweils abgewogen, unter anderem hinsichtlich der juristischen Anfechtbarkeit. Diesbezüglich hätte ich mir vom Stadtrat ein bisschen mehr Fantasie bei der Interpretation dieses Postulats gewünscht. Als zweites Argument wird in der Antwort aufgeführt, dass sich Tempo 30 negativ auf die Reisezeit, vor allem auf die des ÖV, auswirkt. Den ÖV wollen wir natürlich nicht schwächen. Doch wie stark ist der Einfluss effektiv? Ich nehme wieder Zürich als Beispiel. In einer Studie ist untersucht worden, wie schnell Trams auf bestimmten Streckenabschnitten vor und nach der Einführung von Tempo 30 unterwegs gewesen sind. Theoretisch würde die Temporeduktion zu einem Verlust von 4 Sekunden auf 100 Metern führen. In der Praxis sind es aber viel weniger. Beispielsweise macht der Zeitverlust auf einem untersuchten Abschnitt von 1.9 Kilometer 25 Sekunden aus, was 1.3 Sekunden auf 100 Meter



entspricht. Ich konkretisiere dies für Aarau mit folgendem Beispiel. Die Strecke Aarau Rohr Unterdorf bis zum Aarauer Bahnhof beträgt 4.2 Kilometer. Gemäss SBB.ch handelt es sich um eine aktuelle Reisezeit von 11 Minuten. Bei einem kalkulatorischen Zeitverlust dieser 1.3 Sekunden auf 100 Meter führt das zu einem Verlust von ganzen 54 Sekunden. Die Beurteilung der Relevanz dieser 54 Sekunden überlasse ich Ihnen. In dieser Studie wurde ebenfalls die Durchschnittsgeschwindigkeit auf diesem Streckenabschnitt gemessen. Nach Einführung von Tempo 30 betrug diese 28.5 Stundenkilometer. Vor Einführung aber auch nur 31.8, also weit von den erlaubten 50 km/h entfernt. Grundsätzlich schreibt der Stadtrat in seiner Antwort, dass man die Einführung von Tempo 30 laufend abwägt. In meinen Augen ist das aber zu wenig verbindlich und zu wenig proaktiv. Daher würde ich es sehr begrüssen, wenn das Postulat überwiesen würde, um das Bedürfnis der Einführung von Tempo 30 zu untermauern. Gerne lade ich Sie dazu ein, das Postulat zu überweisen und bedanke mich für Ihre Stimme.

Irene Stutz, Mitglied: Ich finde es toll, dass der Kanton auf der Bahnhofstrasse in Aarau Tempo 30 testet. Darauf dürfen wir stolz sein. Die SP-Fraktion unterstützt die Idee, dass das Maximaltempo 30 auf allen städtischen Strassen umgesetzt werden soll. Weil dies schon auf vielen Strassen der Fall ist, geht es bei diesem Postulat ja eigentlich vor allem auch darum, dass sich die Stadt aktiv für Tempo 30 auf Kantonsebene einsetzt und das finden wir richtig. Darum unterstützen wir das Postulat mehrheitlich und möchte es überweisen. Denn es ist evident, dass bei tieferen Tempi die Lärmbelastung und die Unfallschwere abnehmen. Noch ruhiger und sicherer wird es also bei Tempo 20. Selbstverständlich wollen wir nicht überall Tempo 30. Dort nämlich, wo jetzt schon Tempo 20 gilt, soll dies selbstverständlich auch beibehalten werden. Das ist aber nicht explizit erwähnt. Deshalb sind wir der Meinung, dass das Wort "maximal" Tempo 30 dort unbedingt integriert werden müsste. Dass in den meisten Quartierstrassenbereichen bereits Tempo 30 als Höchstgeschwindigkeit gilt und in diversen Umbauprojekten auch so geplant ist, finden wir gut. Das ist aber nicht wirklich ein Argument, um das Postulat nicht zu überweisen, denn es geht eben auch um die Haltung der Stadt gegenüber dem Kanton. Es gibt tatsächlich noch wenige städtische Strassen, welche man in Frage stellen kann. Die Tellstrasse beispielsweise ist seit einiger Zeit keine Kantonsstrasse mehr und dort gilt Tempo 50.

Martin Bahnmüller, Mitglied: Die Fraktion der FDP hält es mit der Frage "Tempo 30" gleich, wie, gemäss einer Umfrage der Beratungsstelle für Unfallverhütung vom letzten Jahr, die ganze Schweiz. Das Resultat lautete Tempo 30 ja, aber nicht auf der Hauptverkehrsachse. Bei der BFU-Umfrage erstaunt die Tatsache dass die Senioren mit 60 zu 40 % deutlich positiver gegenüber Tempo 30 eingestellt sind, als die 16 bis 24-Jährigen. Tempo 30 in den Quartieren ist in unserer Fraktion eigentlich weitgehend unbestritten und, abgesehen davon, in Aarau auch beinahe überall eingeführt. Diese Beschränkung bewährt sich und soll aus unserer Sicht überall in Wohnquartieren, aber auch in siedlungs-orientierten Wohn- oder Quartierstrassen in der Zentrumszone eingeführt werden. Ein gutes Beispiel für die Einführung einer solchen Zone wäre der Abschnitt vom Kreuzplatz Richtung Altstadt bis zur Abzweigung Tellirain. Anschliessend gilt sowieso Tempo 30. Anders sieht es aber nach Ansicht der grossen Mehrheit unserer Fraktion bei der Hauptverkehrsachse aus. Dabei handelt es sich aber ohnehin weitgehend um Strassen, welche unter der Obhut des Kantons stehen und Aarau diesbezüglich keine uneingeschränkte Verfügungsgewalt hat. Bei diesen Strassen sehen wir Tempo 30 nicht, auch nicht in der Nacht. Diese Strassen haben die Funktion, dass sie den Verkehr vom oder zum überliegenden Verkehrsnetz zu-, respektive wegführen. Mit Tempo 30 wäre die Funktion nur noch eingeschränkt möglich. Sie wissen alle, von welchen Strassen ich spreche. Das ist die Entfelderstrasse, die Schachenstrasse Richtung Wöschnau oder die Staffeleggstrasse, welche vom Kreisel ganz im Westen der Tellstrasse Richtung Norden zum Tunnel verläuft. Es sind diejenigen Strassen, über welche wir letztlich reden. Wenn man die Pläne genau betrachtet, zeigt sich



beim Abschnitt des Autobahnzubringers T5, vormals N1, eine ganz besondere Situation. Wenn ich diese Situation richtig verstanden habe, liegt dieser Abschnitt ab der Abzweigung Suhrenbrücke/ Tellstrasse bis auf ca. Höhe Tennisclub auf aarauer Stadtgebiet. Das würde bei konsequenter Umsetzung dieses Postulats bedeuten, dass sich der Stadtrat beim Kanton oder vielleicht beim Bund dafür einsetzen müsste, dass auf diesen paar Metern dieser Nationalstrasse Tempo 30 gefahren würde. Das dürfte kein leichtes Unterfangen sein. Nun noch ein Blick Richtung Westen. Gemäss viel zitiertem Beispiel der Stadt Lausanne sind die flächendeckenden Tempo 30 nachts auf den Hauptverkehrsachsen ausgenommen. Wir erachten es also nicht als sinnvoll, Tempo 30 dort einzuführen, denn, wie bereits erwähnt, sind die juristischen Unwägbarkeiten relativ gross und haben uns in der Meinungsfindung auch beeinflusst. Im Gegenteil. Wir finden den vom Stadtrat vorgeschlagenen und bis anhin verfolgten Weg gut. Aus unserer Sicht ist das momentane Vorgehen, welches die Frage Tempo 30 bei jedem aktuell zur Diskussion stehenden Projekt auf Stadtgebiet fundiert anschaut, der bessere Weg. Wir sind der Meinung, dass dies schneller und effizienter ist, als wenn man sich auf juristische Kämpfe einlassen müsste. Die FDP-Fraktion wird das Postulat grossmehrheitlich ablehnen und zwar nicht, weil wir gegen Tempo 30 sind. Im Gegenteil, wir unterstützen Tempo 30, wie erwähnt. Wir finden einfach, es sollte nicht auf der Hauptverkehrsachse eingeführt werden.

Alexander Umbricht, Mitglied: "Eine allein auf Vernunft basierende Verkehrsplanung hat es schwer. Der Einfluss von Gefühlen und Irrationalitäten ist stark" (Schweizerische Vereinigung der Verkehrsingenieure und Verkehrsexperten). Ist es nicht schön, dass die Verkehrsexpertinnen und Verkehrsexperten und die Verkehrsingenieure davon ausgehen, dass die Verkehrsplanung sehr emotional ist und dass wir jetzt gerade alle rein rational in unterschiedliche Richtungen argumentieren. Deshalb verzichte ich von Anfang an auf Argumente. Weniger Lärm, flüssigerer Verkehr, kleineres Unfallrisiko ist schlecht und nervig für die Busse, das haben wir bereits gehört oder werden es noch hören. Trotzdem hat sich das Zentrum – selbstverständlich ganz emotionslos und rein sachlich – mit dem Postulat auseinandergesetzt. Es handelt sich um ein Postulat. Der Stadtrat hat entsprechend Handlungsspielraum. Das Postulat selbst zeigt Handlungsspielraum auf. Tempo 30 überall und immer wäre schön, wenn nicht, dann nur in der Nacht. Es werden Übergangsfristen erwähnt. Uns ist allen klar, dass über Kantonsstrassen der Kanton entscheidet. Wir wissen auch alle, dass auf den 1150 Km Kantonsstrassen im Aargau Tempo 30 immer eine Folge von Stau und Temposchildern mit sich bringt. Es lohnt sich jedoch, das Thema weiterzuverfolgen, das zeigt sich bei der Bahnhofstrasse. In Anbetracht dieses Handlungsspielraums und der Vorteile von Tempo 30 wird das Zentrum aus Pro Aarau, GLP, Mitte und EVP teilweise grossmehrheitlich und einstimmig für die Überweisung dieses Postulats stimmen.

Thomas Richner, Mitglied: Aarau kennt bereits flächendeckend Tempo 30 und Martin Bahnmüller hat diesbezüglich viele Argumente erwähnt. Tempo 30 auf Quartierstrassen, teilweise auch schon Begegnungszonen mit Tempo 20, wird es immer mehr geben. Die SVP ist aber klar der Meinung, dass auf dem übergeordneten Strassennetz das aktuell geltende Tempo 50 beibehalten werden soll. Diese Strassen wurden grundsätzlich gebaut, um eine Wegstrecke innert nützlicher Frist in angemessenem Tempo hinter sich bringen zu können. Konkret sind sie breit genug gebaut, verfügen über Trottoirs, Radstreifen und Fussgängerstreifen. Meines Erachtens ist das Lärmproblem wahrscheinlich nicht hauptsächlich auf moderne Fahrzeuge zurückzuführen, welche mit 50 Km/h fahren, sondern stammt von den Autoposern und Motorrädern. Es würde vermutlich nicht viel nützen, in der Nacht Tempo 30 anzuordnen. Lassen wir den Verkehr auf den Hauptverkehrsstrassen mit Tempo 50 weiterrollen. Die SVP-Fraktion ist gegen eine Überweisung dieses Postulats.



Werner Schib, Vizestadtpräsident: Das Postulat will eine flächendeckende Einführung von Tempo 30 auf den städtischen und kantonalen Strassen. Wenn dies nicht umgesetzt werden kann, soll das Tempo 30 Regime nachts eingeführt werden. Der Stadtrat kann diese Verkehrspolitik nicht unterstützen. Alexander Umbricht hat bereits Argumente für Tempo 50 erwähnt. Der Stadtrat ist aber nicht generell der Auffassung, dass auf Hauptverkehrsachsen überhaupt nie Tempo 30 in Frage kommen kann. Deshalb sind wir der Meinung, dass die Lösung auf der Bahnhofstrasse eine gute Sache ist. Wir möchten das Problem situationsbedingt anschauen. Es gibt Hauptverkehrsachsen, bei welchen Tempo 30 durchaus sinnvoll ist und andere, bei welchen es weniger Sinn macht. Deshalb stelle ich den Antrag, das Postulat nicht zu überweisen.

Christian Oehler, Präsident: Wir gelangen zur

Abstimmung.

Der Einwohnerrat fasst mit 30 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung folgenden

Beschluss

Das Postulat "Tempo 30 auf dem gesamten Strassennetz Aaraus" wird überwiesen.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.



Traktandum 12

Motion Peter Roschi (Die Mitte) und Christoph Waldmeier (EVP); Reglement über die Benutzung von Parkplätzen der Schulanlagen der Volksschule auf dem Gebiet der Stadt Aarau (Parkierungsreglement Schulanlagen)

Christian Oehler, Präsident: Am 27. Juli 2021 stellten Peter Roschi (Die Mitte Aarau) und Christoph Waldmeier (EVP) in Form einer Motion folgenden

Antrag

Das Reglement über die Benutzung von Parkplätzen der Schulanlagen der Volksschule auf dem Gebiet der Stadt Aarau (Parkierungsreglement Schulanlagen; SRS 6.7 – 18) vom 19. Juni 2017 sei insoweit anzupassen, als

- a) für die Kontrolle gemäss § 5 nicht eine Verwaltungsstelle bezeichnet werden darf, deren Mitarbeitende selber die Parkfelder für ihre Tätigkeit nutzen, und*
- b) eine Ausnahmeregelung von der Gebührenpflicht zu schaffen ist, wenn für die jeweilige Tätigkeit Sachen zwingend mit dem Fahrzeug befördert werden müssen.*

Mit Botschaft vom 21. März 2022 nimmt der Stadtrat zum Motionsbegehren schriftlich Stellung mit folgendem

Antrag

- 1. Antrag a) der Motion für eine Anpassung des Parkierungsreglements Schulanlagen sei zu überweisen.*
- 2. Antrag b) der Motion für eine Anpassung des Parkierungsreglements Schulanlagen sei nicht zu überweisen.*

Christoph Waldmeier, Mitglied: Da Peter Roschi nicht mehr im Einwohnerrat vertreten ist, nehme ich zur Motion – auch in seinem Auftrag – Stellung. Man muss das Reglement dort, wo es nicht der gängigen Praxis entspricht, anpassen. Genau den Vorschlag des Stadtrates zum Antrag a) haben wir erwartet. Nämlich die Kontrolle der Parkplätze durch eine andere Verwaltungsstelle. Aus unserer Sicht hätten nicht so viele Offerten eingeholt werden müssen. Wir erachten die Verwaltungsstelle Sicherheit dafür als geeignet. Es gibt auch einige Schulanlagen, welche sich in der Nähe von Parkfeldern befinden und sowieso kontrolliert werden. Das sollte gut machbar sein. Die Antwort auf Antrag b, wonach eine Ausnahmeregelung bei der Gebührenpflicht möglich ist, hat bei uns grosses Kopfzerbrechen verursacht. Mit dieser Motion wollen wir auf keinen Fall die Mobilitätsstrategie des Stadtrates hinterfragen, sprich die Förderung des Langsamverkehrs untergraben oder sogar den motorisierten Individualverkehr fördern. Wir wollen ganz einfach eine gängige illegale Praxis legal in ein Reglement überführen. In der Anfrageantwort von Peter Roschi vom November 2020 wurde die Frage, ob Sonderbewilligungen ausgestellt werden, verneint. Genau zu diesem Zeitpunkt haben wir aber solche Sonderbewilligungen festgestellt. Aktuell gerade die Bewilligung Nummer 2022-09, gültig bis am 31. Dezember 2022. Gemäss einem vorliegenden Foto existiert diese Bewilligung, gemäss Reglement jedoch nicht. Somit sehe ich da Anpassungsbedarf. Bei einzelnen Schulhäusern ist der Warenumschlagsparkplatz abgeschlossen. Ich frage mich, ob das Sinn macht. Im Schulbetrieb müssen Personen immer wieder Gegenstände mit dem Auto transportieren, und das ohne Spesenvergütung. Am Schluss sollten noch Parkplatzgebühren entrichtet werden. Dabei handelt es sich aber



um ein Schulproblem. Als Beispiel nenne ich Schulanlässe, Instrumentalunterricht, Gegenstände, welche unter den Schulhäusern ausgeliehen werden, damit auf verschiedene Anschaffungen verzichtet werden kann (Maschinen und Zubehör für Eventveranstaltungen). Kauft man für die Werkstätten oder für die Hauswartungen Maschinen, kann man diese dort auch wieder zu Reparaturarbeiten vorbeibringen. Bei Online-Käufen ist dies eher schwierig. Auch haben Standortleiter und Hausdienste oft Aufträge zu erledigen, welche nicht mit den, den Standortleitern neu zur Verfügung gestellten-Elektrovelos, ausgeführt werden können. Offenbar hat die Praxis gezeigt, dass es nur Lösungen mit solchen Bewilligungen gibt, obwohl diese nicht geregelt sind. Wir stellen in der Politik grosse Angst vor Missbrauch fest. Auch dies entspricht nicht der Praxis. Wir empfehlen Ihnen wärmstens, diese Praxis zu legalisieren und für die Überweisung des Antrages b) zu stimmen. Ich mache gerade noch einen Umsetzungsvorschlag. Man könnte eine Bewilligungskarte an die Schulleitung abgeben, welche dann von den involvierten Personen für den Schulbetrieb angefordert werden kann, sofern wirklich Bedarf besteht. Eine zweite Karte könnte dem Standortleiter FM zur Verfügung gestellt werden. Dieser ist für die Infrastruktur des Schulhauses verantwortlich. Auch er könnte die Karte bei Bedarf herausgeben. Helfen Sie bitte mit, etwas Gelebtes zu legalisieren.

Dr. Hanspeter Hilfiker, Stadtpräsident: Ich nehme gerne – in Abwesenheit von Hanspeter Thür, welcher das Geschäft betreut hat – Stellung. Wie Sie festgestellt haben, beantragt der Stadtrat den Antrag a) zur Überweisung. Die Ausnahmeregelung gemäss Antrag b) empfehlen wir nicht zur Überweisung, weil in der Schule bereits kostenlose Umschlagplätze bereitstehen, die wieder nutzbar gemacht werden können

Christian Oehler, Präsident: Wir gelangen zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst folgende

Beschlüsse

Antrag a)

wonach für die Kontrolle gemäss § 5 nicht eine Verwaltungsstelle bezeichnet werden darf, deren Mitarbeitende selber die Parkfelder für ihre Tätigkeit nutzen, wird einstimmig überwiesen.

Antrag b)

wonach eine Ausnahmeregelung von der Gebührenpflicht zu schaffen ist, wenn für die jeweilige Tätigkeit Sachen zwingend mit dem Fahrzeug befördert werden müssen, wird mit 12 Ja-Stimmen gegen 30 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen nicht überwiesen.

Diese Beschlüsse unterliegen gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.



Traktandum 13

Motion Nicole Lehmann Fricker, Pascal Benz, Christian Oehler (FDP); Hellere Strassenoberflächen zur Minderung der Hitzeentwicklung in Strassenräumen

Christian Oehler, Präsident: Am 7. Februar 2022 unterbreitete die FDP eine Motion zum Einsatz von hellen Asphaltflächen bei künftigen Strassenbauprojekten. Die Motion nimmt Bezug auf ein Pilotprojekt der Stadt Bern, wo durch den Einsatz von hellen Belägen die Erhitzung der Oberfläche angeblich stark reduziert werden kann. Die Motion hat folgenden

Antrag

Der Stadtrat wird gebeten

1. *Aufzuzeigen, wo und wann bei den nächsten Sanierungen von Strassenoberflächen die in Bern erprobten Methoden zum Einsatz kommen können.*
2. *Aufzuzeigen, wie die neuen Oberflächen sich auf den bestehenden Konstruktionen der Strassen (Unterbau/Kofferung) auswirken und ob dies zusätzliche Aufwendungen nach sich zieht.*
3. *Den Kanton bei seinen Abklärungen einzubinden, damit dieser Hand bietet, auch bei Kantonsstrassen in städtischem Raum künftig helle Strassenbeläge einzusetzen.*
4. *Zu prüfen, wo und wie das Aufbrechen von Flächen im Strassenraum möglich ist, damit dort die hitzearme Neugestaltung der Strassenräume auch mit Hilfe von Grünflächen, Pflanzen und Bäumen erfolgen kann.*

Mit Botschaft vom 28. März 2022 nimmt der Stadtrat zur Motion schriftlich Stellung mit folgendem

Antrag

Die Motion "Hellere Strassenoberflächen zur Minderung der Hitzeentwicklung in Strassenräumen" wird nicht überwiesen.

Pascal Benz, Mitglied: Wie ich bereits mitgeteilt habe, ziehen wir diese Motion zur Überarbeitung zurück und werden diese zu einem späteren Zeitpunkt in intelligenterer Form als Postulat einreichen.

Hannah Wey, Mitglied: Ich bitte die FDP, solche Umwandlungen in Zukunft etwas früher anzukünden. Ich habe mich auf diese Motion vorbereitet. Ich habe ein Mail an die FDP geschrieben und die Antwort erhalten, die Motion werde in ein Postulat umgewandelt. Für die Vorbereitung wäre es vorteilhaft, wenn man diesbezüglich informiert würde. Trotz Nachfrage habe ich die Antwort nicht erhalten.



Traktandum 14

Kreditabrechnung Neubauten FuSTA und Kindergarten Aarau Rohr, Realisierung

Christian Oehler, Präsident: Mit Datum vom 13. Dezember 2021 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Neubauten FuSTA und Kindergarten Aarau Rohr, Realisierung". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von 7'491'000 Franken mit Bruttoanlagekosten von Fr. 7'297'250.40 ab. Es resultiert eine Kreditunterschreitung von Fr. 193'749.60, das sind 2.95 %.

Die Kreditabrechnung lag der FGPK an der Sitzung vom 26. April 2022 zur Prüfung vor.

Da es keine Wortmeldungen aus dem Einwohnerrat und dem Stadtrat zu dieser Kreditabrechnung gibt, gelangen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 46 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

Beschluss

Die Kreditabrechnung "Neubauten FuSTA und Kindergarten Aarau Rohr, Realisierung" wird genehmigt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.



Traktandum 15

Kreditabrechnung Div. Liegenschaften, Anschluss an das Fernwärmenetz der Eniwa AG, 1. Etappe

Christian Oehler, Präsident: Nun folgen das Traktandum 15 "Kreditabrechnung Div. Liegenschaften, Anschluss an das Fernwärmenetz der Eniwa, 1. Etappe" und Traktandum 16 "Kreditabrechnung Heinerich-Wirri-Strasse 3, Grundsanieung und Mieterausbau". Diese Kreditabrechnungen konnten noch nicht bearbeitet werden. Dieter Wicki gibt dazu eine kurze Erläuterung.

Dieter Wicki, Mitglied: Wir haben diese beiden Kreditabrechnungen in der FGPK geprüft. Dabei wurde eine Abhängigkeit festgestellt, indem der Fernwärmeanschluss der Heinerich-Wirri-Strasse, welcher eigentlich Teil dieses Projektes wäre, nicht dort verbucht worden ist, sondern bei der Fernwärme, 1. Etappe. Wir haben diesen Fehler festgestellt. Der Stadtrat hat daraufhin die beiden Kreditabrechnungen zur Korrektur zurückgenommen. Ich möchte dazu noch zwei Punkte erwähnen. Die FGPK ist der Meinung, dass es sich um eine Frage der Transparenz handelt, indem die Kosten im jeweiligen Projekt abgerechnet werden, in welchem sie auch vorgesehen sind. Zudem handelt es sich nicht lediglich um einen kleinen Betrag, sondern immerhin um 200'000 Franken, welche das Bild der Kreditabrechnungen durchaus verändern werden.



Traktandum 16

Kreditabrechnung Heinerich-Wirri-Strasse 3, Grundsanierung und Mieterausbau

Es wird auf Traktandum 15 verwiesen.

Christian Oehler, Präsident: Wir sind am Schluss der Behandlung der Traktanden. Auf die heutige Sitzung hat Max Suter seinen Rücktritt eingereicht. Im Namen des Einwohnerrates danke ich dir für dein Engagement im Rat und für deinen Einsatz zu Gunsten unserer Stadt. Ich lese seine Nachricht vor.

"Nach meinem Spitalaufenthalt mit anschliessender Reha habe ich mich aufgrund gesundheitlicher Probleme entschlossen, den Einwohnerrat zu verlassen. Ich nehme somit am 9. Mai 2022 letztmals an der Sitzung teil. Ich bedanke mich bei allen Kolleginnen und Kollegen für die immer angenehme und freundschaftliche Zusammenarbeit und wünsche dem Rat weiterhin ein erfolgreiches Wirken zum Wohle der Bevölkerung von Aarau."

Max Suter ist seit 1.1.2018 Mitglied des Einwohnerrates. Er hat folgende Anfragen eingereicht oder war daran beteiligt:

- IBA/Eniwa AG Verwaltungsratsreise
- Automatischer Informationsaustausch unversteuertes Vermögen
- Neuorganisation Sicherheit, Sicherheitschef, Feuerwehrkommandant, Chefbeamte
- Aktiengesellschaft KEBA Region
- Baumpflege
- Vergabe des Sommerrestaurants im Aareraum West
- Stand der Planung und Kosten Ersatzneubau OSA
- Anfrage betreffend Fahrspuraufhebung zugunsten von 2 Parkfeldern

Deine Voten und Ideen sind immer klar und schlicht und immer auf den Punkt vorgetragen worden. Die Zusammenarbeit mit dir war konstruktiv und angenehm. Ich wünsche dir alles Gute und vor allem beste Gesundheit.

Schluss der Sitzung 21.50 Uhr

EINWOHNERRAT AARAU

Der Präsident:
Christian Oehler

Der Protokollführer:
Stefan Berner